# PROCESSING COPY

# INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

#### CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

This mate	erial contai	ns informs	tion affecting	the Nation	al Defens	se of the	United State	es within	ı the	meaning	of the	Espionage	Laws,	Title
18, U.S.C.	Secs. 793	and 794, tl	ne transmissio	on or revel	tion of	which in	any manne	r to an	unau	thorized	person	is prohibit	ed by	law.

	S-E-C-R-E-T/N	OFORN		25 <b>X</b> 1
OUNTRY	East Germany	REPORT		
UBJECT	Ministry of Foreign and Domestic Trade: Official Bulletins (Verfü-	DATE DISTR.	<b>8</b> Aug 1957	•
	gungen und Mitteilungen des Ministeriums	NO. PAGES	1	
	fur Handel und Versorgung)	REQUIREMENT NO.	RD	
ATE OF		REFERENCES		
NFO.				25
ATE ACG	SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE. APPRA	ISAL OF CONTENT	IS TENITATIVE	252
	official bulletin of the East German Mini		sues of the	
	Trade. The issues are as follows:  No. 1 - 17 January 1957			
	Trade. The issues are as follows:  No. 1 - 17 January 1957  No. 2 - 28 January 1957			
	Trade. The issues are as follows:  No. 1 - 17 January 1957  No. 2 - 28 January 1957  No. 3 - 15 February 1957			
	Trade. The issues are as follows:  No. 1 - 17 January 1957  No. 2 - 28 January 1957			
	Trade. The issues are as follows:  No. 1 - 17 January 1957  No. 2 - 28 January 1957  No. 3 - 15 February 1957			
	Trade. The issues are as follows:  No. 1 - 17 January 1957  No. 2 - 28 January 1957  No. 3 - 15 February 1957  No. 4 - 15 March 1957			25
	Trade. The issues are as follows:  No. 1 - 17 January 1957  No. 2 - 28 January 1957  No. 3 - 15 February 1957  No. 4 - 15 March 1957			25



### S-E-C-R-E-T/NOFORN

STATE	x	ARMY	x	NAVY	X AIR	x	FBI		AEC			
(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#".)												

Nur für Dienotgebrauch!

# Verfügungen und Mitteilungen

## des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel

1957 Nr. 1 Berlin, den 17. Januar

#### Inhaltsverzeichnis

Mitteilungen: Innerdeutscher Handel:	Vereinbarung und Warchlisten für das Jahr 1957 zum Berliner Abkommen vom 20. September 1951	ı
	Richtlinien über die Abwicklung des Warenverkehrs im Innerdeutschen Handel im Jahre 1957	
Verkehr:	Lieferungen der Deutschen Demokratischen Republik nach der Volksrepublik Albanien	ŧ
Handelspolitik:	Abkommen der Deutschen Notenbark und der Bank von Griechenland, Warenlisten, Merkblätter	ı
Druckfehlerberich	htigung zur Verfügung Nr. 27 vom 12.12.56	7

#### Mitteilungen

#### Innordeutscher Handel: Vereinbarung und Warenlisten für das Jahr 1957 zum Berliner Abkommen vom 20. September 1951

Am 15. November 1956 wurden im Hause des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Berlin, von den Vertretern der beiden deutschen Staaten die nachstehende Vereinbarung sowie die Waren-listen für das Jahr 1957 zum Berliner Abkommen vom 20. September 1951 unterzeichnet

> Vereinbarung für das Jahr 1957

zum Berliner Abkommen vom 20. September 1951

- 1. Es gelten die Warenlisten gemäß Anlagen 1 bis 6.
- 2. a) Zur zahlungsmäßigen Abwicklung der Leistungen gemäß den Anlagen 1 bis 6 werden die Bank deutscher Länder und die Deutsche Notenbank folgende Unterkonten errichten:

Für Leistungen gemäß den Anlagen 1 und 2 das Unterkonto 5,

für Leistungen gemäß den Anlagen 3 und 4 das Unterkonto 8,

für Leistungen gemäß den Anlagen 5 und 6 das Unterkonto 6.

 b) Zur zahlungsmäßigen Abwicklung von Leistungen gemäß allen bisherigen Warenlisten des Ber-Abkommens werden die Unterkonten 1, 2 und 4 fortgeführt.

- c) Zur zahlungsmäßigen Abwicklung von Leistungen gemäß der Vereinbarung über die zahlungsmäßige Abwicklung von Dienstleistungen (Anlage 6 des Berliner Abkommens) werden die Bank deutscher Länder und die Deutsche Notenbank je ein Unterkonto 7 (Dienstleistungen) er-
- d) Das Unterkonto 3 (Dienstleistungen) wird am 31. Dezember 1956 abgeschlossen. Ein an diesem 31. Dezember 1956 abgeschlossen. Ein an diesem Tage bestehender Saldo auf dem Unterkonto 3 wird durch anteilmäßige Überträge nach dem Verhältnis der vereinbarten Volumen der Waren-listen für die Unterkonten 1 und 4 des Jahres 1956 von den Unterkonten 1 und 4 ausgeglichen.
- 3. Für die in den Artikeln VIII und IX des Berliner Abkommens behandelten Debetsalden werden folgende Beträge festgesetzt:
  - a) für die Unterkonten 1, 4, 5 und 8 50 Millionen VE.

b) für die Unterkonten 2, 3, 6 und 7 50 Milionen VE.

Zum Ausgleich des aus der zahlungsmäßigen Ab-wicklung von Dienstleistungen auf dem Unter-konto 7 entstehenden Saldos werden am 31. März 1957, am 30. Juni 1957, am 30. September 1957 und

am 31. Dezember 1957 Über e von den Unterkonten 5, 6 und 8 nach dem V. tnis 1 (Unterkonto 5): 4 (Unterkonto 6): 1 (Unterkonto 8) gemacht.	Anlage i Ziffer 1 der Ver- einbart ür das Jahr 1937 vom November 1956
<ul> <li>5. a) Die Warenlisten für das Jahr 1956 vom 13. Dezember 1955 treten am 31. Dezember 1956 außer Kraft.</li> </ul>	Warenliste für das Jahr 1957 zum Berliner Abkommen vom 20. September 1951
<ul> <li>b) Vor dem 1. Januar 1957 erteilte Genehmigungen bleiben, mit Ausnahme der unter 5. c) genannten, bis zu den darin angegebenen Fristen, jedoch längstens bis zum 31. März 1957 gültig.</li> <li>c) Genehmigungen, die vor dem 1. Januar 1957 für Erzeugnisse folgender Warengruppen erteilt wurden, bleiben über den 31. März 1957 bis zum Ablauf der in ihnen genannten Fristen gültig:  Lieferungen der Währungsgebiete der DM-Ost Unterkonto 2  Position D Erzeugnisse des Maschinen-,</li> </ul>	Unterkonto 5 Lieferungen der Währungsgebiete der DM-West in Millionen VE.  A. Erzeugnisse der Land- und Ernährungswirtschaft (Hopfen. Pflanz- und Frühkartoffeln, Ole und Fette für Ernährungszwecke, Vich und Fleisch, Getreide, Braumalz) 85 B. Forstwirtschaftliche Erzeugnisse (Laubschnittholz) 10 C. Phosphate 30 D. a) Gießereierzeugnisse 10
Fahrzeug-, Stahl-, Eisen- und Schiffbaus	b) Kesselanlagen, -teile und Zubehör 5  E. Schwere und leichte Häute und Felle 10
Position F Elektrotechnische Erzeugnisse Position M Druckaustausch.	F. Kakao, Kakaoerzeugnisse, pflanzliche Eiweißfuttermittel, Zigarrentabake 10
Lieferungen der Währungsgebiete der Unterkonto 1 DM-West Position D b) Kesselanlagen, -telle und	G. Verschiedenes 10 H. Dienstleistungen (s. Ziffer 4 der Vereinbarung 10
Zubehör Unterkonto 4	Berlin, den 15. November 1956
aus Position A Freiformschmiedestücke	Germi, den 15. November 1800
Unterkonto 2  Position D Erzeugnisse des Maschinen Fahrzeug-, Stahl-, Eisen- und Schiffbaus	Anlage 3 zu Ziffer 1 der Ver- einbarung für das Jahr 1957 vom 15. November 1956 Warenliste
Position E Elektrotechnische Erzeugnisse	für das Jahr 1957 zum Berliner Abkommen vom 20. September 1951
Position M Druckaustausch.  Sofern die Gültigkeitsdauer der Genehmigungen nicht mit den in den Verträgen vereinbarten Lieferzeiten übereinstimmt, wird die Gültigkeitsdauer der Genehmigungen auf Antrag bis zu den in den Verträgen ge-	Unterkonto 8 Lieferungen der Währungsgebiete der DM-Ost in Millionen VE  A. Forstwirtschaftliche Erzeugnisse (Grubenholz, Rund- und Faserholz) p. m
	B. Erzeugnisse des Bergbaus (Braun-
rannten Lieferzeiten verlängert.  Für die Währungsgebiete der Deutschen Mark der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank (DM-Ost)	kohlenbriketts, Braunkohlenschwel- koks, Brikettgrus, Brikettspäne, Ab- rieb, Trockenkohle, Kohlenstaub) 187 C. Verschiedenes 13
Für die Währungsgebiete Für die Währungsgebiete der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank	kohlenbriketts, Braunkohlenschwel- koks, Brikettgrus, Brikettspäne, Ab- rieb, Trockenkohle, Kohlenstaub) 187  C. Verschiedenes 13 200
Für die Währungsgebiete Für die Währungsgebiete der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank (DM-Ost) (DM-Ost)	kohlenbriketts, Braunkohlenschwel- koks, Brikettgrus, Brikettspäne, Ab- rieb, Trockenkohle, Kohlenstaub)  C. Verschiedenes  Berlin, den 15. November 1956  Anlage 4 zu Ziffer 1 der Ver- einbarung für das Jahr 1957 vom 15. November 1956  Warenliste
Für die Währungsgebiete der Deutschen Mark der Deutschen Mark (DM-West) gez. Dr. Leopold  Anlage 1 zu Ziffer 1 der Vereinbarung für das Jahr 1957 vom 15. November 1956  Warenliste für das Jahr 1957	kohlenbriketts, Braunkohlenschwel- koks, Brikettgrus, Brikettspäne, Ab- rieb, Trockenkohle, Kohlenstaub)  C. Verschiedenes  Berlin, den 15. November 1956  Anlage 4 zu Ziffer 1 der Ver- einbarung für das Jahr 1957 vom 15. November 1956
Für die Währungsgebiete der Deutschen Mark der Deutschen Mark (DM-West) gez. Dr. Leopold gez. Seemann  Anlage 1 zu Ziffer 1 der Vereinbarung für das Jahr 1957 vom 15. November 1956  Warenliste	kohlenbriketts, Braunkohlenschwel- koks, Brikettgrus, Brikettspäne, Ab- rieb, Trockenkohle, Kohlenstaub)  C. Verschiedenes  Anlage 4 zu Ziffer 1 der Ver- einbarung für das Jahr 1957 vom 15. November 1956  Warenliste für das Jahr 1957 zum Berliner Abkommen vom 28. September 1951  Unterkonto 8
Für die Währungsgebiete der Deutschen Mark (DM-West) gez. Dr. Leopold  Anlage 1 zu Ziffer 1 der Vereinbarung für das Jahr 1957 vom 15. November 1956  Warenliste für das Jahr 1957 zum Berliner Abkommen vom 24. September 1951  Unterkonto 5	kohlenbriketts, Braunkohlenschwel- koks, Brikettgrus, Brikettspäne, Ab- rieb, Trockenkohle, Kohlenstaub)  C. Verschiedenes  Anlage 4 zu Ziffer 1 der Ver- einbarung für das Jahr 1957 vom 15. November 1956  Warenliste für das Jahr 1957 zum Berliner Abkommen vom 28. September 1951  Unterkonto 8  Lieferungen der Währungsgebiete der DM-West
Für die Währungsgebiete der Deutschen Mark (DM-West) gez. Dr. Leopold  Anlage 1 zu Ziffer 1 der Vereinbarung für das Jahr 1957 vom 15. November 1956  Warenliste für das Jahr 1957 zum Berliner Abkommen vom 24. September 1951  Unterkonto 5 Lieferungen der Währungsgebiete der DM-Ost	kohlenbriketts, Braunkohlenschwel- koks, Brikettgrus, Brikettspäne, Ab- rieb, Trockenkohle, Kohlenstaub)  C. Verschiedenes  Anlage 4 zu Ziffer 1 der Ver- einbarung für das Jahr 1957 vom 15. November 1956  Warenliste für das Jahr 1957 zum Berliner Abkommen vom 28. September 1951  Unterkonto 8 Lieferungen der Währungsgebiete der DM-West in Millionen VE
Für die Währungsgebiete der Deutschen Mark (DM-West) gez. Dr. Leopold  Anlage 1 zu Ziffer 1 der Vereinbarung für das Jahr 1957 vom 15. November 1956  Warenliste für das Jahr 1957  zum Berliner Abkommen vom 28. September 1951  Unterkonto 5  Lieferungen der Währungsgebiete der DM-Ost in Millionen VE A. Erzeugnisse der Land- und Ernährungswirtschaft (Zucker, Getreide,	kohlenbriketts, Braunkohlenschwel- koks, Brikettgrus, Brikettspäne, Ab- rieb, Trockenkohle, Kohlenstaub)  C. Verschiedenes  Anlage 4 zu Ziffer 1 der Ver- einbarung für das Jahr 1957 vom 15. November 1956  Warenliste für das Jahr 1957 zum Berliner Abkommen vom 28. September 1951  Unterkonto 8  Lieferungen der Währungsgebiete der DM-West
Für die Währungsgebiete der Deutschen Mark (DM-West) gez. Dr. Leopold  Anlage 1 zu Ziffer 1 der Vereinbarung für das Jahr 1957 vom 15. November 1956  Warenliste für das Jahr 1957  zum Berliner Abkommen vom 28. September 1951  Unterkonto 5  Lieferungen der Währungsgebiete der DM-Ost in Millionen VE A. Erzeugnisse der Land-rung Ernährungswirtschaft (Zucker, Getreide, Speisekartoffeln, Vieh und Fleisch)  B. Forstwirtschaftliche Erzeugnisse	kohlenbriketts, Braunkohlenschwelkoks, Brikettgrus, Brikettspäne, Abrieb, Trockenkohle, Kohlenstaub)  C. Verschiedenes  Anlage 4 zu Ziffer 1 der Vereinbarung für das Jahr 1957 vom 15. November 1956  Warenliste für das Jahr 1957  zum Berliner Abkommen vom 28. September 1951  Unterkonto 8 Lieferungen der Währungsgebiete der DM-West in Millionen VE  A. Erzeugnisse der eisenschaffenden Industrie, der Ziehereien und Kaltwalzwerke und der Schmiede-, Hammer- und Preßwerke  B. NE-Metalle  187  200  Anlage 4 zu Ziffer 1 der Vereinbarung für das Jahr 1957 vom 15. November 1956  Warenliste für das Jahr 1957 zum Berliner Abkommen vom 28. September 1951  Unterkonto 8 Lieferungen der Währungsgebiete der DM-West in Millionen VE
Für die Währungsgebiete der Deutschen Mark (DM-West) gez. Dr. Leopold  Anlage 1 zu Ziffer 1 der Vereinbarung für das Jahr 1957 vom 15. November 1956  Warenliste für das Jahr 1957  zum Berliner Abkommen vom 24. September 1951  Unterkonto 5 Lieferungen der Währungsgebiete der DM-Ost in Millionen VE A. Erzeugnisse der Land- und Ernährungswirtschaft (Zucker, Getreide, Speisekartoffeln, Vieh und Fleisch) 90  B. Forstwirtschaftliche Erzeugnisse (Nadelschnittholz) p. m.	kohlenbriketts, Braunkohlenschwelkoks, Brikettgrus, Brikettspäne, Abrieb, Trockenkohle, Kohlenstaub)  C. Verschiedenes  Anlage 4 zu Ziffer 1 der Vereinbarung für das Jahr 1957 vom 15. November 1956  Warenliste für das Jahr 1957 zum Berliner Abkommen vom 28. September 1951  Unterkonto 8 Lieferungen der Währungsgebiete der DM-West in Millionen VE  A. Erzeugnisse der eisenschaffenden Industrie, der Ziehereien und Kaltwalzwerke und der Schmiede-, Hammer- und Preßwerke  B. NE-Metalle  C. Erzeugnisse des Bergbaus  D. Verschiedenes
Für die Währungsgebiete der Deutschen Mark (DM-West) gez. Dr. Leopold  Anlage 1 zu Ziffer 1 der Vereinbarung für das Jahr 1957 vom 15. November 1956  Warenliste für das Jahr 1957  zum Berliner Abkommen vom 28. September 1951  Unterkonto 5  Lieferungen der Währungsgebiete der DM-Ost in Millionen VE A. Erzeugnisse der Land-rung Ernährungswirtschaft (Zucker, Getreide, Speisekartoffeln, Vieh und Fleisch)  B. Forstwirtschaftliche Erzeugnisse	kohlenbriketts, Braunkohlenschwelkoks, Brikettgrus, Brikettspäne, Abrieb, Trockenkohle, Kohlenstaub)  C. Verschiedenes  Anlage 4 zu Ziffer 1 der Vereinbarung für das Jahr 1957 vom 15. November 1956  Ware nliste für das Jahr 1957  zum Berliner Abkommen vom 28. September 1951  Unterkonto 8  Lieferungen der Währungsgebiete der DM-West in Millionen VE  A. Erzeugnisse der eisenschaffenden Industrie, der Ziehereien und Kaltwalzwerke und der Schmiede-, Hammer- und Preßwerke  B. NE-Metalle  C. Erzeugnisse des Bergbaus  D. Verschiedenes  E. Dienstleistungen (s. Ziffer 4 der Verschiedenes)
Für die Währungsgebiete der Deutschen Mark (DM-West) gez. Dr. Leopold  Anlage 1 zu Ziffer 1 der Vereinbarung für das Jahr 1957 vom 15. November 1956  Warenliste für das Jahr 1957  zum Berliner Abkommen vom 28. September 1951  Unterkonto 5  Lieferungen der Währungsgebiete der DM-Ost in Millionen VE A. Erzeugnisse der Land-rung Ernährungswirtschaft (Zucker, Getreide, Speisekartoffeln, Vieh und Fleisch)  B. Forstwirtschaftliche Erzeugnisse (Nadelschnittholz)  C. Mineralölerzeugnisse  80	kohlenbriketts, Braunkohlenschwelkoks, Brikettgrus, Brikettspäne, Abrieb, Trockenkohle, Kohlenstaub)  C. Verschiedenes  Anlage 4 zu Ziffer 1 der Vereinbarung für das Jahr 1957 vom 15. November 1956  Warenliste für das Jahr 1957 zum Berliner Abkommen vom 28. September 1951  Unterkonto 8 Lieferungen der Währungsgebiete der DM-West in Millionen VE  A. Erzeugnisse der eisenschaffenden Industrie, der Ziehereien und Kaltwalzwerke und der Schmiede-, Hammer- und Preßwerke  B. NE-Metalle  C. Erzeugnisse des Bergbaus  D. Verschiedenes

Anla, zu Ziffer 1 der Ver-einbarung für das Jahr 1957 vom 15. November 1956

Warenliste für das Jahr 1957

zum Berliner Ahkommen vom 20. September 1951

#### Unterkonto 6

#### Lieferungen der Währungsgebiete der DM-Ost

in Millionen VE

- A. Erzeugnisse der Land-, Ernährungsund Fischwirtschaft und des Gartenhaus
- B. Holz und Holzwaren
- C. Steine und Erden
- D. Erzeugnisse des Maschinen-, Fahr zeug-, Stahl-, Eisen- und Schiffbaus
- E. Büromaschinen
- F. Elektrotechnische Erzeugnisse
- G. Erzeugnisse der Feinmechanik und Optik
- H. Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwaren
  - I. Kurzwaren. Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren, Schmuck-
  - K. Chemische Grundstoffe, Halbfabrikate und Fertigerzeugnisse
  - L. Zellstoff, Papier und Papierwaren
  - M. Druckaustausch
  - N. Erzeugnisse der Glas-, Porzellan-, Steingut- und keramischen Industrie
  - O. Textilerzeugnisse
  - P. Verschiedenes
  - Q. Filmaustausch

Berlin, den 15. November 1956

Anlage 6 Liffer 1 der Vereinbarung ar das Jahr 1957 vom 15. November 1956

für das Jahr 1957

zum Berliner Abkommen vom 20. September 1951

#### Unterkonto 6

#### Lieferungen der Währungsgebiete der DM-West

in Millionen VE

- A. Erzeugnisse der Land-, Ernährungsund Fischwirtschaft und des Gartenbaus
- B. Holz und Holzwaren
- C. Steine und Erden
- D. Erzeugnisse des Maschinen-, Fahrzeug-, Stahl-, Eisen- und Schiffbaus
- E. Elektrotechnische Erzeugnisse
- F. Erzeugnisse der Feinmechanik und Optik
- G. Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwaren
- H. Kurzwaren, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren, Schmuckwaren
- I. Chemische Grundstoffe, Halbfabrikate und Fertigerzeugnisse
- K. Gummierzeugnisse
- L. Zellstoff, Papier und Papierwaren
- M. Druckaustausch
- N. Erzeugnisse der Glas-, Porzellan-, Steingut- und keramischen Industrie
- O. Textilerzeugnisse
- P. Leder, Schuhe und Lederwaren
- R. Verschiedenes
- S. Filmaustausch
- T. Dienstleistungen (s. Ziffer 4 der Vereinbarung)

620

Berlin, den 15. November 1956

## Innerdeutscher Handel: Richtlinien über die Abwicklung des Warenverkehrs im Innerdeutschen Handel im Jahre 1957

Auf Grund der am 15. 11. 1956 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundes-republik getroffenen Vereinbarungen über die Abwick-lung des Waren- und Zahlungsverkehrs im Jahre 1957 werden hiermit folgende Richtlinien erlassen:

- 1. Die Warenlisten für das Jahr 1956 vom 13. Dezember 1955 treten am 31. Dezember 1956 genehmigungsmäßig außer Kraft.
- Ab 1. Januar 1957 gelten für den Abschluß und die Genehmigung von Ein- und Verkaufsverträgen allein die Warenlisten für das Jahr 1957 vom 15. November 1956.
- a) Zur zahlungsmäßigen Abwicklung der im Rahmen der Warenlisten 1957 durchgeführten Lieferungen und Bezüge werden von der Deutschen Notenbank und der Bank deutscher Länder neue Unterkonten mit der Bezeichnung 5, 6, 7 und 8
- b) Dabei erhalten
  - das Unterkonto 5 die Funktion des bisherigen

Unterkontos 1

19. 11. 56/612/App. 587

das Unterkonto 6 die Funktion

des bisherigen Unterkontos 2.

das Unterkonto 7 die Funktion

des bisherigen Unterkontos 3.

das Unterkonto 8 die Funktion des bisherigen

Unterkontos 4.

- Zur Abwicklung des Waren- und Zahlungsverkehrs auf Grund von Genehmigungen, die vor dem 1. Januar 1957 für alle bisherigen Warenlisten des Berliner Abkommens erteilt worden sind, werden neben den neuen Unterkonten die bisherigen Unter-konten 1, 2 und 4 fortgeführt.
- Das Unterkonto 3 erlischt am 31.12.1956. An seine Stelle tritt gemäß Ziffer 3 b mit Wirkung vom 1.1.

1957 auch für die zahlungs – ige Abwicklung aller bis zum 31, 12, 56 nicht regulierten Dienstleistungen das neue Unterkonto 7 (Dienstleistungen).

- 6. Die vor dem 1. Januar 1957 auf Grund der Warenlisten 1956 erteilten Genehmigungen bleiben, mit Ausnahme der unter Ziffer 8 a und b genannten, bis zu den darin angegebenen Fristen, jedoch längstens bis zum 31. März 1957, gültig.
- Für am 31. 12. 1956 noch nicht oder teilweise realisierte Verträge wird bis zum 31. 12. 1956 die Gültigkeitsdauer der Genehmigungen auf Antrag bis zuden in den Verträgen vereinbarten Lieferzeiten, jedoch längstens bis zum 31. März 1957, verlängert.
- Die vor dem 1. Januar 1957 erteilten Genehmigungen für Erzeugnisse folgender Warengruppen bleiben auch über den 31. März 1957 hinaus bis zum Ablauf der in ihnen genannten Fristen gültig:
  - a) Lieferungen der Währungsgebiete der DM-Ost Unterkonto 2
  - Pos. D Erzeugnisse des Maschinen-, Fahrzeug-. Stahl-, Eisen- und Schiffbaus
    - Pos. F Elektrotechnische Erzeugnisse
    - Pos. M Druckaustausch
  - b) Lieferungen der Währungsgebiete der DM-West Unterkonto 1

Pos. D b) Kesselanlagen, -teile und Zubehör

#### Unterkonto 4

aus Pos. A Freiformschmiedestücke

#### Unterkonto :

- Pos. D Erzeugnisse des Maschinen-, Fahrzeug-, Stahl-, Eisen- und Schiffbaus
- Pos. E Elektrotechnische Erzeugnisse
- Pos. M Druckaustausch

Die Gültigkeitsdauer der Genehmigungen kann auf Antrag bis zu den zwischen den Kontrahenten vereinbarten Lieferzeiten verlängert werden.

9. Alle Warenbewegungen, liefer- und bezugsseitig, die in Erfüllung von Verträgen im Rahmen der Warenlisten 1956 nach dem 1. Januar 1957 durchgeführt werden, und für die Genehmigungen a Konto der Warenlisten 1956 erteilt worden sind, gelten als Realisierung der Warenlisten 1956 und sind berichtsmäßig auf den Unterkonten 1, 2 und 4 zu erfassen. (Regelung für das Unterkonto 3 – Dienstleistungen – siehe Ziffer 5.)

Die Einstellung der Berichterstattung über den Warenverkehr für die Warenliste 1956 wird zum gegebenen Zeitpunkt bekanntgegeben.

gez. Seemann

Hauptabteilungsleiter

#### Verkehr: Lieferungen der Deutschen Demokratischen Republik nach der Volksrepublik Albanien 14. 12. 56 Ri App. 17:

Von der Deutschen Notenbank Berlin wird uns erneut mitgeteilt, daß immer noch Schwierigkeiten bei der Verrechnung der Seefrachten nach der Volksrepublik Albanien auftreten.

Aus diesem Grunde verweisen wir auf unsere Anweisung vom 2. Juli 1956 und bitten, die Vorschrift unbedingt zu beachten, daß in den Versandaufträgen die Bezeichnung des betreffenden Abkommens, und zwar

Handels- oder Kreditabkommen, vermerkt werden muß, damit diese Angaben in die Zahlungsdokumente übernommen werden können und die Deutsche Notenbank in der Lage ist, die Seefrachtkosten entsprechend der mit der Volksrepublik Albanien getroffener. Vereinbarung zu buehen.

gez. Wächter Stellvertreter des Ministers

#### Handelspolitik: Abkommen der Deutschen Notenbank und der Bank von Griechenland, Warenlisten, Merkblätter 18.12.56 Ma./App. 238

#### ABKOMMEN

der Deutschen Notenbank, Berlin, und der Bank von Griechenland, Athen, über den Waren- und Zahlungsverkehr zwischen ihren beiden Ländern

Die Deutsche Notenbank und die Bank von Griechenland haben zur Förderung und Erweiterung der Handelsbeziehungen zwischen ihren beiden Ländern folgendes vereinbart:

#### Artikel 1

Der Warenverkehr zwischen den Währungsgebieten der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank und der Griechischen Drachme wird gemäß den in den beiden Ländern geltenden Außenhandels- und Devisenbestimmungen im Rahmen der in den beiliegenden Warenlisten A (Deutscher Export) und B (Griechischer Export) und geführten Waren durchgeführt.

Die genannten Warenlisten bilden einen untrennbaren Bestandteil dieses Abkommens.

Die Warenlisten A und B können im Einvernehmen der Abkommenspartner geändert werden.

Die in Absatz 1 dieses Artikels vorgesehenen Warenlieferungen erfolgen auf Grund von Verträgen zwischen Organisationen und Firmen beider Länder, die nach den im betreffenden Lande geltenden gesetzlichen Bestimmungen zum Außenhandel zugelassen sind und sehen ein Jahresvolumen in Höhe von

#### US-Verrechnungs-Dollar 5 bis 6 Millionen (in Worten: Fünf bis sechs Mill. US-Verrechnungs-Dollar)

je Seite vor.

#### Artikel 2

Aufträge zur Veredelung von Rohmaterialien und Halbfabrikaten sowie Zahlungen für derartige Leistungen können mit vorheriger Zustimmung der zuständigen Behörden beider Länder im Rahmen dieses Abkommens durchgeführt werden.

#### Artikel 3

Alle Zahlungen

- a) für Warenlieferungen und Leistungen gemäß Artikel 1 und 2.
- b) für damit zusammenhängende Kosten, wie Fracht-Transit-, Versicherungs- und Dienstleistungskosten und andere Nebenkosten, die sich aus dem Warenverkehr zwischen beiden Ländern ergeben,

Sanitized Copy Approved for Release 2010/04/19: CIA-RDP80T00246A036400380001-6

- c) für Seefrachten für Waren gemäß Artikel 1 und 2 sowie für Kommissionskosten,
- d) für Seefrachten bei Benutzung der gegenseitigen Tonnage im Verkehr mit Drittländern, die ihre Häfen am Mittelmeer, Schwarzen Meer und Roten Meer haben,
- e) für Reisekosten, Kosten im Zusammenhang mit der Teilnahme an Messen, Ausstellungen, Konferenzen und Ausschreibungen,
- f) für amtliche Gebührenforderungen auf Grund von Anmeldungen und Erneuerungen gewerblicher Schutzrechte

werden entsprechend den Devisenbestimmungen beider Länder und gemäß Artikel 4 dieses Abkommens durchgeführt. Andere Zahlungen können im Einverständnis beider vertragschließenden Parteien geleistet werden.

#### Artikel 4

Die Deutsche Notenbank, Berlin, und die Bank von Griechenland, Athen, eröffnen gegenseitig besondere zinsfrele Verrechnungskonten in US-Verrechnungs-Dollar. Die auf diesen Konten erfolgten Einzahlungen teilen beide Banken einander unverzüglich mit.

Bei Erhalt solcher Gutschriftsanzeigen einer Bank wird bie andere Bank unverzüglich die erforderliche Vergütung zugunsten der in Frage kommenden Organisation, Firma oder Person in ihrem Lande durchführen. Bei Überschreitung des gemäß Artikel 6 vereinbarten Saldos kann die kreditierende Bank die Vergütung zeitweise zurückstellen.

#### Artikel 5

Rechnungen und Forderungen müssen über US-Verrechnungs-Dollar lauten.

#### Artikel (

Falls der Saldo auf dem Verrechnungskonto den Betrag von

#### US-Verrechnungs-Dollar 500 060

#### (in Worten:

#### Fünfhunderttausend US-Verrechnungs-Dellar)

übersteigt, hat das Gläubigerland das Recht, die Ausfuhr einzuschränken oder einzustellen, bis das Schuldnerland durch Lieferung von Waren oder andere Leistungen den US-Verrechnungsdollar 500 000 (in Worten: Fünfhunderttausend US-Verrechnungs-Dollar) übersteigenden Wert abgedeckt hat.

Darüber hinaus wird für die Zeit vom 1. 11. bis zum 31. 3. ein zusätzlicher Saison-Swing von

#### US-Verrechnungs-Dollar 200 000

#### (in Worten: Zweihunderttausend US-Verrechnungs-Dellar)

eingeräumt. Falls am 31. 3. dieser Zusätzliche Saison-Swing nicht auf den Normal-Swing von US-Verrechnungs-Dollar 500 000 zurückgeführt ist, sind für den diesen Normal-Swing übersteigenden Betrag freie Devisen zur Verfügung zu stellen. Für die Dauer eines Zeitraumes von vier Monaten, das heißt bis spätestens 31. 7., besteht die Verpflichtung, diese zeitweilig zur Verfügung gestellten freien Devisen in gleicher Höhe wieder freizugeben, und zwar sobald der den Normal-Swing übersteigende Betrag abgedeckt wird.

Beide Parteien sind verpflichtet, alle sich im gegebenen Falle aus diesem Artikel 6 ergebenden Maßnahmen einander unverzüglich mitzuteilen.

Für die Swinginanspruchnahme sind alle im internationalen Verkehr gebräuchlichen Zahlungsarten zuzelassen.

#### Artikel 7

Die sich bei Ablauf des Abkommens über den Warenund Zahlungsverkehr zwischen der Deutschen Notenbank, Berlin, und der Bank von Griechenland, Athen. vom 8. 12. 1953 ergebenden Salden werden im Rahmen des vorliegenden Abkommens auf das neu zu errichtende Clearingkonto übernommen.

#### Artikel 8

Einen Monat nach Ablauf dieses Abkommens wird der Saldo auf dem Verrechnungskonto festgestellt, der von dem Schuldnerland innerhalb weiterer sechs Monate durch Warenlieferungen zu tilgen ist.

Falls innerhalb dieser Frist der Saldo durch Warenlieferungen nicht gedeckt ist, werden die Abkommenspartner zusammentreten, um die Art der Tilgung des Saldos zu vereinbaren, wobei auch die Abdeckung durch freie Devisen erörtert werden kann.

#### Artikel 9

Die Deutsche Notenbank und die Bank von Griechenland werden innerhalb von zwei Wochen nich Unterzeichnung dieses Abkommens die banktechnisc. en Einzelheiten durch Briefwechsel vereinbaren.

#### Artikel 10

Zur Überwachung der Durchführung dieses Abkommens sowie zur Förderung des Warenaustausches wird auf Wunsch einer der vertragschließenden Parteien eine gemischte Kommission, bestehend aus Sachverständigen beider Länder, abwechselnd in Berlin und Athen zusammentreten. Die Zusammenkünfte der gemischten Kommission sollen möglichst halbjährlich stattfinden.

#### Artikel 11

Änderungen dieses Abkommens bedürfen der Schriftform

#### Artikel 12

Dieses Abkommen tritt am 1. Januar 1957 in Kraft und läuft bis zum 31. Dezember 1957. Es wird stillschweigend um je ein weiteres Jahr verlängert, wenn nicht einer der Abkommenspartner drei Monate vor Jahresablauf schriftlich kündigt.

Ausgefertigt in Athen, am 30. November 1956, in je zwei Exemplaren in deutscher und griechischer Sprache, wobei beide Fassungen die gleiche Gültigkeit haben.

#### Warenliste A Deutscher Export

Maschinen für Tabak- und Lebensmittelindustrie Pumpen aller Art Kühlschränke, Kühlmaschinen, Kompressoren und andere Ausrüstungen für chemische Industrie Straßenfahrzeuge aller Art und Ersatzteile Benzin- und Dieselmotoren Landmaschinen und Traktoren Erzeugnisse der Elektrotechnik, darunter:

Motoren

Haushaltgeräte und Radioersatzteile

Feinmechanisch-optische Erzeugnisse.

darunter:

Foto- und Kinoerzeugnisse Medizinische Geräte und Meßinstrumente

Schreib- und Büromaschinen und Ersatzteile Einrichtungen für die polygraphische Industrie

5

Erzeugnisse des Schwermaschi. darunter:

Baumaschinen

Textilmaschinen für Industrie und Haushalt

Werkzeugmaschinen

Werkzeuge und Kleineisenwaren

Haushaltgeräte und Waagen

Erzeugnisse der chemischen Industrie

Glas- und keramische Erzeugnisse

Kulturwaren, wie Spielwaren, Musikinstrumente.

Büroartikel

Jagdwaffen und Geräte

Textilwaren

Erzeugnisse aus Holz und Papier sowie Verpackungs-

Bücher, Zeitschriften, Filme und Kunstdrucke

Düngemittel Zucker

#### Warenliste B Griechischer Export

Trockenfrüchte,

darunter:

Sultaninen Korinthen

Feigen

Mandeln und Nüsse

Frische Früchte,

darunter:

Oranger Mandarinen

Zitronen

Weintrauben Äpfel

Pfirsiche

Frischgemüse

Obst- und Gemüsekonserven

Zedern und Salzlake

Tabak

Trinkwein

Oliven, Olivenöl und Ölsaaten

Naturschwämme

Rohstoffe für Chemie und Pharmazie

(Valex. Kräuter)

Tierhaare, Leder und andere Rohstoffe für die Textil-

und lederverarbeitende Industrie

Schwefelkies und andere Mineralien

#### Merkbiatt der Deutschen Notenbank

Die Deutsche Notenbank gibt für die Durchführung des Abkommens folgende Hinweise:

- 1. Über das US-\$-Verrechnungskonto der Banque de Grèce, Athen, bei der Deutschen Notenbank, Berlin, und in gleicher Weise über das US-8-Verrechnungs-konto der Deutschen Notenbank, Berlin, bei der Banque de Grèce, Athen, können folgende Zahlungen geleistet werden
  - a) für Warenlieferungen zwischen beiden Ländern auf Grund der Warenlisten A (Deutscher Export)
    und B (Griechischer Export) sowie für Leistungen auf Grund von Aufträgen zur Veredelung
    von Rohmaterialien und Halbfabrikaten, sofern für diese Leistungen von den zuständigen Be-hörden beider Länder vorher die Zustimmung erteilt worden ist:

- b) für mit den Warenlieferu: zusammenhän-gende Kosten, wie Fracht- ...ansit-, Versiche-rungs- und Dienstleistungskosten und andere Nebenkosten, die sich aus dem Warenverkehr zwischen beiden Ländern ergeben;
- c) für Seefrachten für Warenlieferungen auf Grund der Warenlisten A und B sowie für Kommissionskosten;
- d) für Seefrachten bei Benutzung der gegenseitigen Tonnage im Verkehr mit Drittländern, die ihre Häfen am Mittelmeer, Schwarzen Meer und Roten Meer haben;
- e) für Reisekosten. Kosten im Zusammenhang mit der Teilnahme an Messen, Ausstellungen, Kon-ferenzen und Ausschreibungen;
- f) für amtliche Gebührenforderungen auf Grund von Anmeldungen und Erneuerungen gewerblicher Schutzrechte.
- Alle Rechnungen und Forderungen müssen über US-Verrechnungs-Dollar lauten.
- Alle im internationalen Verkehr gebräuchlichen Zahlungsarten, wie z.B. Vorauszahlungen, Doku-menten Akkreditive, Bar Akkreditive, Zahlung "Kasse gegen Dokumente", gewöhnliche Inkassi, Zahlung gegen Ziel, sind zugelassen.

Bei dem Abschluß von Kauf- und Verkaufsverträgen sollten seitens der Außenhandelsunternehmen de für unsere Wirtschaft jeweils günstigsten Bedinfür unsere Wirtschaft jeweils günstigsten Bedingungen vereinbart werden, wobei auf jeden Fall dem Akkreditiv der Vorrang zu geben ist. Bei Vorliegen eines Akkreditivs erhält der Akkreditiv-Begünstigte, also das jeweilige Außenhandelsunternehmen, bei fristgemäßer Einreichung der im Akkreditiv vorgeschriebenen Dokumente sofort sein Geld für den Akkreditiv- bzw. Fakturenbetrag. Die Deutsche Notenbank weist ausdrücklich darauf hin, daß die Außenhandelsunternehmen besonders beachten müssen, daß die der Deutschen Notenbank zu Akkreditiven einzureichenden Dokumente in allen Punkten den Akkreditivbedingungen entsprechen. Es empfieht sich daher, gleich bei Erhalt der Akkreditiv-Eröffnungsanzeige der Deutschen Notenchen. Es emplient sich daner, gleich dei Erhalt der Akkreditiv-Eröffnungsanzeige der Deutschen Noten-bank zu überprüfen, ob die vom ausländischen Käufer der deutschen Ware geforderten Dokumente von Verkäufersseite beigebracht werden können. von Verkautersseite beigebrauft werden konner Außer der Abkommensbank können auch andere Commerzbanken, wie z. B. die Banque Nationale de Grèce et d'Athènes, die Banque Commerciale Grèce, die Iouian Bank und die Banque de Pirce in Athen und deren Niederlassungen mit der Durchführung von Außenhandelsgeschäften betraut

In bezug auf die Rückzahlungsgarantien, die von den griechischen Banken von der Deutschen Notenbank im Zusammenhang mit Vorauszahlungen für den Fall gefordert werden, daß die Warenlieferung aus der Deutschen Demokratischen Republik nach Griechenland nicht vereinbarungsgemäß erfolgt, wird die Deutsche Notenbank in Zukunft wie folgt verfahren. verfahren.

Sie wird diese Gutschriften "unter dem Vorbehalt. daß die in dem Zahlungsauftrag aufgeführten Dokumente ordnungsgemäß zum vorgeschriebenen Dokumente ordnungsgeman zum Volgeschieberteit Zeitpunkt bei ihr eingereicht werden" vornehmen, wobei dieser Vorbehalt einschließt, daß sie für den Fall, daß die Ware nicht vereinbarungsgemäß geliefert bzw. ihr die dazu gehörigen Dokumente nicht fristgemäß eingereicht werden, das Recht hat, den ursprünglichen Gutschriftsempfänger ehne vor-herize Benachrichtigung und mithin ohne seine besondere Zustimmung, wieder in voller Höhe zu be-lasten. Dadurch kommt die bisher von den Begünstigten geforderte Garantieerklärung in Fortfall. Die Deutsche Notenbank wird sich wegen der prinzi-

31. 12. 1957.

piellen Einverständniserkla. ...g zu dieser Gutschrift unter Vorbehalt mit den einzelnen Außenhandelsunternehmen in Verbindung setzen.

5. Des weiteren erscheint der Deutschen Notenbank noch folgendes von Bedeutung. Bekanntlich müssen die griechischen Importeure bei der Erteilung von Importlizenzen Depots hinterlegen, die bis 100 Prozent des Warenwertes ausmachen können. Sie empfiehlt daher, daß in den Fällen, wo eine hundertprozentige Depothinterlegung zu erfolgen hat, von den Außenhandelsunternehmen als Zahlungsart das dokumentäre Akkreditiv mit dem Käufer der deutschen Ware vereinbart wird.

Des weiteres wäre in den Fällen, in denen Depotstellung nur zu einem Prozentsatz erfolgt, Forderung auf Vorauszahlung bis zur Höhe dieses Prozentsatzes möglich, da evtl. geleistete Vorauszahlungen innerhalb der Depots lt. Anweisung der Bank von Griechenland, Abteilung Handelstransaktionen mit dem Ausland, Zirkular 3 vom 3. 1. 1956 verrechnet werden.

- 6. Hinsichtlich der Garantiestellung für aus der DDR eingeführte Waren ist zu bemerken, daß sie grundsätzlich verboten ist. Ausnahmen sind nur zugelassen für Geschäfte, die sich auf größere staatliche Aufträge bzw. auf die Lieferung von Großmaschinen beziehen. In diesen Ausnahmefällen sollte von seiten der entsprechenden Außenhandelsunternehmen die Gestellung von Zahlungsgarantien gefordert werden.
- 7. Bei deutschen Lieferungen von Maschinen-Erzeugnissen im Werte über \$ 5000,—, bei denen das Zahlungsziel über 15 Monate hinausgeht, ist für die Ausstellung der Wechsel seitens des Käufers die Genehmigung der Währungskommission der Banque de Grèce erforderlich. Es empfiehlt sich daher, daß sich die Außenhandelsunternehmen von dem Käufer der Waren die Nr. und des Datum der hierzu erteilten Genehmigung angeben lassen. Unabhängig hiervon sind von den Außenhandelsunternehmen die Richtlinien über den Abschluß von Kreditgeschäften mit dem kapitalistischen Ausland (erschienen in "Verfügungen und Mitteilungen des MAI" Nr. 7/1956, Seite 1—3) und die dazu evtl. folgenden Ergänzungen zu beachten.

Eventuelle Rückfragen zu diesem Merkblatt sind, sofern es sich um Fragen grundsätzlicher Bedeutung handelt, an die Abteilung D 04 (Hausapparat 6490) und bei Fragen der operativen Abwicklung von Geschäften mit Griechenland an die Dokumenten- und Überweisungs-Abteilung, Referat Griechenland (Hausapparat 5490) zu richten.

#### Merkblatt

#### über die Abwicklung von Geschäften im Rahmen des Bankenabkommens mit Griechenland Nr. 57/00/3372

Griechenland ist ein politisch wichtiger und für unsere Importseite notwendiger Markt. Durch die durchge führte Liberalisierung ist jedoch auf allen Gebieten eine sehr starke Konkurrenz vorhanden. Diese Situation erfordert von allen Außenhandelsunternehmen eine besonders korrekte kaufmännische Arbeit. die der griechische Kunde in jedem Falle fordert. Im Jahre 1956 wurde durch sorg.... Arbeitsweise in dieser Beziehung das Vertrauen zu unserem Außenhandel nicht gefestigt. Der Verzicht auf Erfüllung der oben genannten Forderung wäre gleichbedeutend mit einem Verzicht auf den Handel mit Griechenland. Das am 30. 11. 1956 abgeschlossene Bankenabkommen mit Griechenland hat für einen geregelten Warenaustausch im Jahre 1957 eine gute Grundlage geschaften indem Warenlisten ohne Kontingente vereinbart wurden und damit alle im Rahmen unseres Außenhandels liegenden Möglichkeiten wahrgenommen werden können. Das Gesamtvolumen des Handels soll 5-6 Millionen Dollar nach jeder Seite betragen.

- kommens zu beachten:

  1. Das Abkommen hat eine Laufzeit vom 1. 1. 1957 bis
- Es werden nur reine Export- und Importgeschäfte abgeschlossen. Die Abwicklung erfolgt über das bestehende Verrechnungskonto.
- Noch laufende Kompensationsgeschäfte werden restlos abgewickelt.
- Alle im Jahre 1958 mit Liefertermin im Jahre 1957 abgeschlossenen Verträge werden auf das neue Abkommen angerechnet. Alle Aufträge mit Liefertermin 1956 und Auslieferung im Jahre 1957 werden auf das alte Abkommen verbucht.
- Alle Akkreditive sollten zur Transferierung von einer Bank zur anderen transferabel gestellt werden
- 6. Die Lizenzerteilung für fast alle Waren bereitet infolge der Liberalisierung keine nennenswerten Schwierigkeiten. Eine Lizenz muß jedoch bei Versand der Ware unbedingt vorliegen, d. h. das Verladedatum in den Dokumenten muß in jedem Falle später sein als das Lizenzdatum, da sonst der griechische Importeur Strafgelder zu zahlen hat. Auch bei Nichteinhaltung der Liefertermine entstehen dem griechischen Käufer durch die bestehenden griechischen Käufer durch zu vermeiden, die letzten Endes durch eine Weiterbelastung der Strafgelder entstehen können.
- Das Abkommen 1957 wird unter Nummer 57 gebucht, während die Überhänge aus dem Jahre 1956 unter der Nummer 53 ausgewiesen werden.

i. V. gez. Koch Hauptabteilungsleiter

Druckfehlerberichtigung zur Verfügung Nr. 27 vom 12. 12. 1956 (VM – Blatt Nr. 8/56).

Hiermit wird ein durch ein Versehen der Druckerei entstandener Fehler in der Überschrift zur Verfügung Nr. 27 wie folgt berichtigt:

Die Überschrift muß lauten:

"Verfügung Nr. 27: Die Numerierung der Export-, Import- und IDH-Verträge sowie der Globalgenehmigungen."

•

Nur für a. ... Henstgebrauch!

# Verfügungen und Mitteilungen

# des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel

1957

Berlin, den 28. Januar

Nr. 2

	Inhaltsverzeichnis	
1. M	litteilungen:	
Recht:	ht: Anordnung Nr. 2 über die Neuregelung des Versandes von Werbematerial aus der Deutschen De- mokratischen Republik, vom 20. Dezember 1956	
	Anordnung Nr. 3 über die Verfahrensvorschriften für den Kleinstexport von Handelsware und für den Versand unbezahlter Exportmuster in das Ausland, vom 29. Dezember 1956	
n. 1	Verfügungen:	
Nr.	28: Neuregelung des Versandes von unbezahlten Exportmustern und Ersatzlieferungen aus Garantie- bzw. Gewährleistungsverpflichtungen in das Ausland	

#### I. Mitteilungen

#### Recht: Anordnung Nr. 2 über die Neuregelung des Versandes von Werbematerial aus der Deutschen Demokratischen Republik vom **20. Dezember 1956**

#### Anordnung Nr. 2 °)

über die Neuregelung des Versandes von Werbematerial aus der Deutschen Demokratischen Republik Vom 20. Desember 1956

Zur Änderung der Anordnung vom 12. August 1955 über die Neuregelung des Versandes von Werbematerial aus der Deutschen Demokratischen Republik (GBl. Teil I, S. 576) wird folgendes angeordnet:

Hinter § 7 der Anordnung wird folgender § 7a eingefügt:

#### § 7a

#### Versand von sonstigem Werbematerial

1. Sonstiges Werbematerial, das auf Grund seiner Be-Sonsiges were material, das auf Grond seiner Beschaffenheit und Herstellungsart keine Druckgenehmigungs-Nummer erhält (z. B. Pappständer, Werbefähnchen, Werbefotos, Zeichnungen, Füllfederhalter, Drehbleistifte, Aschenbecher usw.), kann ohne Genehmigung zum Versand gebracht werden.

Muster und Proben von Waren, die der betreffende Betrieb herstellt oder hergestellt hat, sind nicht als Werbematerial anzusehen.

\*) 1. Anordnung (GBl. I/1955 Seite 576)

- Im Gesetzblatt Teil I, Nr. 4, vom 16. 1. 1957 ist felgende Anordnung erschienen:

  Anordnung Nr. 2 °)

  2. Erfolgt der Versand auf dem Frachtwege, so ist die Sendung vor Versand dem örtlich zuständigen Organ des Amtes für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs zur Kontrolle vorzuführen.
  - 3. Erfolgt der Versand auf dem Postwege, so ist die Sendung beim örtlich zuständigen Postamt aufzu-liefern. Die Sendungen unterliegen der Kontrolle durch die zuständigen Organe des Amtes für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs.
  - Die Vorlage einer Ausfuhrmeldung bzw. eines Warenbegleitscheines entfällt.
    - Auf der Sendung und in den Begleitpapieren ist folgender Vermerk anzubringen:
    - "Werbematerial ohne Druckgenehmigungs-Num-

Der § 8 erhält folgenden Zusatz:

Der § 8 ernait folgenden Zusatz, "Wird Werbematerial entsprechend den Bestimmungen der §§ 3 Ziff. 1, 4 Buchstabe a und 7 auf dem Frachtwege zum Versand gebracht, so ist es dem örtlich zuständigen Organ des Amtes für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs vorzuführen."

Diese Anordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft. Berlin, den 20. Dezember 1956

> Der Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel I. V. Hüttenrauch Staatssekretär

#### Recht: Anordnung N.. 3 über die Verfahrensvorschriften für den Kleinstexport von Handelsware und für den Versand unbezahlter Exportmuster in das Ausland vom 29. Dezember 1956

Im Gesetzblatt Teil II, Nr. 3, vom 21. 1. 1957 ist folgende Anordnung erschienen:

Anordnung Nr. 3°

über die Verfahrensvorschriften für den Kleinstexport von Handelsware und für den Versand unbezahlter Experimusier in das Ausland Vom 29. Desember 1956

Die Anordnung vom 15. Juli 1954 über die Verfahrens-vorschriften für den Kleinstexport von Handelsware und für den Versand unbezahlter Exportmuster in das Ausland (ZBI. S. 366) wird wie folgt geändert:

Ziffer 4 der Anordnung vom 15. Juli 1954 erhält folgende Fassung:

- "4a) Die VEH Deutscher Innen- und Außenhandel haben entsprechend der Eigenart der über eine Globalgenehmigung zu exportierenden Erzeugnisse den Gesamtausfuhrbetrag (einschl. Nebenkosten) sowie die Wertgrenze der zugelassenen Einzelsendung (einschl. Nebenkosten) in der Globalgenehmigung festzulegen.
- Es ist den Lieferbetrieben nicht gestattet, größere Aufträge ausländischer Käufer in Einzelsendungen aufzuteilen."

§ 2

Ziffer 7 Buchstabe d erhält folgende Fassung:

Ziffer 7 Buchstabe d erhält folgende Fassung:
"Die Gültigkeit der Globalgenehmigung ist vom zuständigen VEH Deutscher Innen- und Außenhandel festzulegen. Sie darf die Dauer von 12 Monaten gerechnet vom Tage der Ausstellung – nicht überschreiten. Die Globalgenehmigung erlischt, wenn der Gesamtausfuhrbetrag erreicht oder ihre Gültigkeit abgelaufen ist bzw. wenn sie vom zuständigen VEH Deutscher Innen- und Außenhandel zurückgezogen wird. In diesem Fällen ist die Globalgenehmigung einschließlich benutzter und nicht benutzter Fortschreibungsblätter vom Lieferbetrieb innerhalb von 8 Werktagen an das zuständige VEH Deutscher Innen- und Außenhandel zurückzusenden." Außenhandel zurückzusenden."

Abschnitt III der Anordnung vom 15. Juli 1954 erhält folgende Fassung:

"III.

Ausfuhr von Exportmustern und Ersatzlieferungen aus Garantieverpflichtungen bzw. Gewährleistungsverpflichtungen.

- Die Ausfuhr von Exportmustern, die vom aus-ländischen Empfänger bezahlt werden, kann über die Globalgenehmigungen für den Kleinntexport von Handelsware (Postversand oder Versand durch Eisenbahn bzw. Kraftfahrzeug) abgewickelt wer-
- 26. Die Ausfuhr von unbezahlten Exportmustern und Ersatzlieferungen aus Garantie- bzw. Gewähr-leistungsverpflichtungen bedarf bis zum Wert von 30,- DM pro Sendung keiner Genehmigung. Diese
- (1) Anordnung (ZBl. 1954 S. 366)
- (2) Anordnung (ZBI, 1954 S. 533)

Sendungen sind nur auf dem Postwege zugelassen. Der Versender hat für jede Sendung den Vordruck "Ausfuhrmeldung" (unter Angabe des DM-Wertes ohne Nebenkosten) auszufertigen und rechtsverbindlich zu unterschreiben. Auf der Sendung, in den Transportpapieren sowie in der Ausfuhrmeldung ist folgender Vermerk anzubringen:

"Unbezahlte Exportmuster

oder "Ersatz - zu EA/Globalgenehmigung - $Nr.\ \dots\dots\dots$ 

Absender dürfen nur die VEH Deutscher Innenund Außenhandel oder die Lieferbetriebe von Exportwaren sein. Die Sendungen unterliegen der Kontrolle durch die zuständigen Organe des Amtes für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs.

- Für die Ausfuhr von unbezahlten Exportmustern oder Ersatzlieferungen aus Garantie- bzw. Gewähr oder Ersatzlieferungen aus Garantie- bzw. Gewährleistungsverpflichtungen, die den Wert von 30.— DM pro Sendung überschreiten, kann das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel Globalgenehmigungen erteilen (Postversand oder Versand mit Eisenbahn bzw. Kraftfahrzeug.) Die Globalgenehmigungen erteilt im Auftrage des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel das fochliebe zuständigs. WER Deutschen Handel das fachlich zuständige VEH Deutscher Innen- und Außenhandel.
- Für den Versand von unbezahlten Exportmustern oder Ersatzlieferungen mit Eisenbahn bzw. Kraft-fahrzeug und für den Postversand werden geson-derte Globalgenehmigungen erteilt. In den Global-genehmigungen sind der Gesamtausfuhrbetrag und die Wertgrenze der zugelassenen Einzelsendungen in DM (ohne Nebenkosten) festzulegen.

Die Gültigkeit der Globalgenehmigungen darf die Dauer von 12 Monaten, gerechnet vom Tage der Ausstellung, nicht überschreiten.

- Der Versand von unbezahlten Exportmustern oder Ersatzlieferungen aus Garantie- bzw. Gewähr-leistungsverpflichtungen hat in sinngemäßer An-wendung der Bestimmungen der Ziffern 11-19 der Anordnung vom 15. Juli 1954 zu erfolgen.
- Vom Versender ist auf den Ausfuhrmeldungen zusätzlich zu vermerken:

"unbezahlte Exportmuster" oder "Ersatz - zu EA/Globalgenehmigung -

Die Anordnung vom 20. Oktober 1954 zur Ergänzung der Anordnung über die Verfahrensvorschriften für den Kleinstexport von Handelsware und für den Versand unbezahlter Exportmuster in das Ausland (ZBI. S. 533) wird aufgehoben.

Diese Anordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 29. Dezember 1956

Der Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel

> I V Hüttenrauch Staatssekretär

### II. Verfügungen

#### Verfügung Nr. 28: Neuregelung des Versandes von unbezahlten Exportmustern und Ersatzlieferungen aus Garantie- bzw. Gewährleistungsverpflichtungen in das Ausland 18. 1. 57/Dr/App. 1707

Zur weiteren Vereinfachung des Versandes von unbe-zahlten Exportmustern sowie der Ersatzlieferungen aus Garantie- bzw. Gewährleistungsverpflichtungen in das Ausland wurde vorstehende Anordnung erlassen. Zur Anwendung dieses Verfahrens wird verfügt:

#### Zu & 1 der Anordnung

Die Außenhandelsunternehmen haben die Wertbegrenzungen entsprechend der Eigenart der Erzeugnisse mit größter Sorgfalt festzulegen.

Globalgenehmigungen mit einem Gesamtausfuhrbetrag über 50 000.— Rubel sind vom zuständigen Verkaufsdirektor und dem Generaldirektor zu unterschreiben. Sollen einem Lieferbetrieb von mehreren Kontoren eines Außenhandelsunternehmens getrennte Globalgenehmigungen mit einem Gesamtausfuhrbetrag von insgesamt mehr als 50 000.— Rubel erteilt werden, so hat der Generaldirektor den Gesamtausfuhrbetrag für sämtliche zu erteilende Globalgenehmigungen festzulegen. legen.

#### Zu & 2 der Anordnung

Bereits erteilte Globalgenehmigungen, die noch auf 6 Monate befristet sind, können durch formloses Schrel-ben an die Beteiligten auf 12 Monate, gerechnet vom Tage der Ausstellung, verlängert werden.

Das für das AZKW bestimmte Exemplar dieser Ver-Das Jur uss AZAW bestimme in describer in de

#### Zu \$ 3 der Apordpung

 a) Als Vordrucke für die auszustellenden Globalge-nehmigungen (Ausfuhr unbezahlter Exportmuster oder kostenlose Ersatzlieferungen) sind die vorhandenen Globalgenehmigungen für den Kleinstexport von Handelsware (Versand per Eisenbahn, Kraft-fahrzeug oder Postversand) zu verwenden.

Diese Globalgenehmigungen sind unter Ziffer 5 des Vordruckes mit folgendem Vermerk zu versehen:

"Gilt nur für den Versand von unbezahlten Ex-portmustern und / oder Ersatzlieferungen aus Garantie- bzw. Gewährleistungsverpflichtungen in das Ausland."

b) Für die Festlegung der Erzeugnisse, die im Rahmen dieser Globalgenehmigungen ausgeliefert werden sollen, sowie für die Festlegung der entsprechen-den Wertbegrenzungen in DM (Gesamtausfuhrbetrag und Einzelausfuhrbetrag) in der Globalgeneh-migung sind die Außenhandelsunternehmen verantwortlich

Die Wertbegrenzung ist in einer dem jeweiligen Erzeugnis angemessenen Höhe festzusetzen, und zwar getrennt für Muster- und Ersatzlieferungen Es können auch getrennte Globalgenehmigungen für kostenlose Muster und kostenlose Ersatzlieferungen ausgestellt werden.

- c) Diese Globalgenehmigungen sind vom jeweiligen Verkaufsdirektor und stellvertretenden General-direktor zu unterzeichnen. Danach wird das für das AZKW bestimmte Exemplar der Globalgenehmi-gung (bei Postversand das Exemplar "Paketkontroll-stelle", bei Frachtgutversand das Exemplar "Liefer-werk") mit Prägesigelabdruck und Unterschrift des Bevollmächtigten des MAI versehen.
- d) In jedem Kontor der Außenhandelsunternehmen ist ein Verzeichnis über die erteilten Globalgenehmi-gungen zu führen unter Angabe
  - der Globalgenehmigungsnummer
  - des Lieferbetriebes

  - des Erzeugnisses sowie der Einzel- und Gesamtwertbegrenzungen.
- e) Die Verkaufsdirektoren sind dafür verantwortlich, daß die nach jedem Versand eingehenden entspre-chenden Exemplare der Ausfuhrmeldung ausgewer-tet werden, damit keine unrechtmäßige Ausnutzung der gegebenen Erleichterungen erfolgen kann (z. B. der gegebenen Erleitungerierungen der Exportmusterversand getarnt worden ist usw.).
- Werden bei der Auswertung der Ausfuhrmeldungen Verstöße gegen die Vorschriften der erteilten Glo-balgenehmigungen festgestellt, so ist erforderlichen-falls die Globalgenehmigung zurückzuziehen. Dem Amt für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs Amt für Zoll und Kontrolle des Warenverkeinsind nähere Angaben über festgestellte Verstöße, insbesondere beim Versand nicht genehmigungspflichtiger Exportmustersendungen und nicht genehmigungspflichtiger Ersatzlieferungen aus Garantie- bzw. Gewährleistungsverpflichtungen unverzüglich zuwielten lich zuzuleiten.
- g) Einzelsendungen können unabhängig von vorstehender Regelung auch weiterhin mittels einer mit Prägesiegelabdruck und Unterschrift des Bevoll-mächtigten des MAI versehenen Ausfuhrmeldung zum Versand gebracht werden.
- h) Die Arbeitsanweisung 0025/55 wird hiermit aufge-

gez. Hüttenrauch Staatssekretär

Nor fo

Dienstgebrauch!

# Verfügungen und Mitteilungen

## des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel

1957	Berlin, den 15. Februar Nr. :	3
	Inhaltsverzeichnis	
I. Verfügunger Nr. 29	i Verfahren bei der Abfertigung von Waren für ausländische Messen und Ausstellungen (Beil	age)
Nr. 30	Rückführung von Messe- und Ausstellungsgut in die DDR nach Beendigung von Messen und Ausstellungen in der Bundesrepublik	13
Nr. 31	Methodik der operativen Veränderungen des vorgeschlagenen Planes für 1957 während der Zeit der Abkommensverhandlungen mit den sozialistischen Ländern	1.6
Nr. 32	Änderung der Verfügung Nr. 7/Fi 2/56/Erfassung der Vertreterprovisionen	16
Nr 33	<ol> <li>Änderung der Verfügung Nr. 10/Fi 3/56/Einholung von Bank- oder anderen Auskünften und Maßnahmen zur Verbesserung der Kontrolle über die Einhaltung der Kreditlimite</li> </ol>	Ĭŧ
1. Mittellunger		
Allgem	Empfehlungen des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel und des Zentralvorstandes der Gewerkschaft Handel über den Abschluß von Betriebskollektivver-	

#### I. Verfügungen

Ausfertigung der Versandaufträge

# Verfügung Nr. 30: Rückführung von Messe- und Ausstellungsgut in die DDR nach Beendigung von Messen und Ausstellungen in der Bundesrepublik 25. 1. 57/620/App. 587

Um eine reibungslose Abwicklung bei der Rückführung von Messe- und Ausstellungsgut in die DDR nach beendigten Messen und Ausstellungen in der Bundesrepublik zu gewährleisten, ist ab sofort wie folgt zu verfahren:

Verkehr:

- 1. Beim Versand von Messe- und Ausstellungsgut ist das Blatt 4 des Warenbegleitscheines nicht sofort wie auf der Rückseite des Warenbegleitscheines angegeben — vom Grenzkontrollpunkt DDR an das Ministerlum für Außenhandel und Innerdeutschen Handel zurückzusenden, sondern wird vom Grenzkontrollpunkt einbehalten, bis das Ausstellungsgut aus der Bundesrepublik zurückkommt oder vom Delegationsleiter für die jeweilige Messe oder Ausstellung eine Meldung vorliegt, daß das Ausstellungsgut in der Bundesrepublik verbleibt.
  - Das Blatt 4 des Warenbegleitscheines gilt gleichzeitig als Einfuhrgenehmigung bei der Rückführung des Ausstellungsgutes aus der Bundesrepublik in die DDR.
  - Das Messe- und Ausstellungsgut darf nur über den Grenzkontrollpunkt DDR wieder eingeführt werden, bei dem das Blatt 4 des Warenbegleitscheines hinterlegt worden ist.
- Für Ausstellungsgut, das auf Grund eines Warenbegleitscheines in die Bundesrepublik verbracht wurde, jedoch in Teilsendungen zurückgeführt wird, ist auf den Frachtbriefen der einzelnen Teilsendun-

- gen zu vermerken, ob noch weitere Teilrücksendungen erfolgen, damit das Blatt 4 des Warenbegleitscheines nicht vor dem Passieren der letzten Sendung an das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel zurückgeleitet wird.
- 3. Falls das gesamte Ausstellungsgut oder ein Teil desselben nach Beendigung der jeweiligen Veranstaltung in der Bundesrepublik verbleibt, hat der jeweilige Delegationsleiter zu veranlassen, daß der Grenzkontrollpunkt DDR, an dem da. Blatt 4 des Warenbegleitscheines hinterlegt ist, unter Angabe der Warenbegleitschein-Nr. und Benennung der in Westdeutschland verbleibenden Waren formlos unterrichtet wird.
- Nachdem das in die Bundesrepublik verbrachte Ausstellungsgut restlos in die DDR zurückgeführt wurde bzw. eine entsprechende Mitteilung des Delegationsleiters über das in der Bundesrepublik verbleibende Ausstellungsgut am Grenzkontrollpunkt DDR vorliegt, reicht der Grenzkontrollpunkt das Blatt 4 des Warenbegleitscheines nach Eintragung seiner Kontrollvermerke an das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel zur Weiterleitung an das zuständige Handelsunternehmen zurück.

gez. Weiß Stellvertreter des Ministers

#### Verfügung Nr. 31: M odik der operativen Veränderungen d vorgeschlagenen Planes für 1957 während der Zeit der "okommensverhandlungen mit den sozialistischen Ländern

16. 1. 57/Tü/App. 608

Im Interesse der weiteren Verbesserung der Arbeit im Außenhandel der DDR ist es erforderlich, für eine schnelle und reibungslose Durchführung der Verhandlungen über die abzuschließenden Handelsabkommen für das Jahr 1957 mit den sozialistischen Ländern Sorge zu tragen. Dazu ist dringend notwendig, eine Regelung zu schaffen, die es insbesondere für die Zeit der Abkommensverhandlungen ermöglicht, Planverlagerungen und Planerhöhungen unbürokratisch und in kürzester Frist durchzuführen. Aus diesem Grunde und zur Stärkung und Festigung der Eigenverantwortlichkeit der Mitarbeiter in den Außenhandelsorganen der DDR wird deshalb im Export für die Planverlagerungen innerhalb des sozialistischen Wirtschaftsgebietes in Ergänzung der Dienstanweisung Nr. 028/35 vom 29. 9. 35 über die Methodik der Durchführung der Abkommensverhandlungen folgende Regelung getroffen:

I.

- Grundlage und Ausgangspunkt für die Abkommensverhandlungen ist der Planvorschlag für das Jahr 1957, Planteil Land – Ware.
- Innerhalb des sozialistischen Wirtschaftsgebietes führen die Außenhandelsunternehmen Kontingent-Verlagerungen eigenverantwortlich durch. Voraussetzung dafür ist, daß die Zustimmung des stellvertretenden Leiters der Delegation, aus deren Länderplan die Ware herausgenommen werden soll, vorliegt.

Ausgenommen von dieser Regelung sind die in der beiliegenden Liste aufgeführten Schwerpunktpositionen, zu deren Verlagerung die Genehmigung der HA Handelspolitik Sozialistische Länder (HA SL) einzuholen ist, die ihrerseits verpflichtet ist, sich vor der Verlagerung der mit einem x versehenen Positionen die Genehmigung der Leitung des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel

Bei der Rückgabe freigewordener Kontingente und der Verlagerung dieser Kontingente ist bei Schwerpunktpositionen sinngemäß zu verfahren. Über freigewordene Kontingente der übrigen Planpositionen verfügt das zuständige Außenhandelsunternehmen eigenverantwortlich.

Die Generaldirektoren der Außenhandelsunternehmen haben einen Verantwortlichen für die Koordinierung der Planverlagerungen innerhalb ihres Außenhandelsunternehmens zu benennen.

- 3. Die stellvertretenden Delegationsleiter sind verantwortlich für die Bilanzierung des jeweiligen L\u00e4nderplanes und Abkommens. Sie d\u00fcrfen Verlagerungen nur dann zustimmen, wenn die handelspolitische Zielsetzung f\u00fcr die Abkommensverhandlungen dadurch nicht gef\u00e4hrdet wird.
- 4. Planverlagerungen zwischen den Planteilen sozialistisches Wirtschaftsgebiet und kapitalistisches Wirtschaftsgebiet werden von den Außenhandelsunternehmen bei der HA SL beantragt und von den Hauptabteilungen Handelspolitik nach gegenseitiger Abstimmung unter Hinzuziehung der zuständigen Hauptverwaltung entschieden. Die HA SL ist ihrerseits verpflichtet, vor der Verlagerung der auf anliegender Liste mit einem x versehenen Positionen die Genehmigung der Leitung des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel einrubelee

Verantwortlich: Hauptabteilungsleiter der HA Handelspolitik Sozialistische Länder, Kapitalistische Länder und IDH. 5. Planerhöhungen werden von den Außenhandelsunternehmen bei Staatsplannomenklaturpositionen bei der HA Planung beantragt. Dabei ist der Verfahrensweg it. Verfügung Nr. 9 (YM-Blatt 3/56) über die Durchführung zusätzlicher Aufgaben im Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Abschnitt A la bis c, einzuhalten.

Den Anträgen ist die Stellungnahme der Produktionsministerien beizufügen. Außerdem müssen die Anträge den Vermerk "Verlagerung nicht möglichtragen. Selbständige Verhandlungen mit der Staatlichen Plankommission sind den Außenhandelsunternehmen und den Delegationen untersagt. Bei Planerhöhungen für sonstige Waren erfolgt die Klärung zwischen den Außenhandelsunternehmen und den Produktionsministerien unmittelbar, unter Anwendung des Verfahrensweges It. Verfügung 71. 90 (VM-Blatt 3/56) über die Durchführung zusätzlicher Aufgaben im Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Abschnitt A 2a und b. Die getroffenen Vereinbarungen sind protokollarisch festzulegen. Eine Durchschrift der Protokolle ist der HA Planung

- 6. a) Bei allen Planverlagerungen und Planerhöhungen ist zu prüfen, ob durch sie eine Veränderung der Preisausgleiche ausgelöst wird. Vermindern sich die Preisausgleiche, so ist die HA Finanzen des MAI zwecks Berichtigung des Preisausgleichsplanes zu benachrichtigen. Sind die veränderten Preisausgleichsbeträge in der Gesamtsumme der Preisausgleiche des Außenhandelsunternehmens enthalten, so kann eine Planverlagerung oder Planerhöhung vorgenommen werden ohne Benachrichtigung der HA Finanzen des MAI.
  - b) Ergibt sich eine Erhöhung der geplanten Preisausgleichssumme in dem betreffenden Außenhandelsunternehmen, so ist vor Bestätigung der Planverlagerung oder Planerhöhung die Genehmigung der HA Finanzen des MAI einzuholen.

Verantwortlich: Die die Planverlagerung oder Planerhöhung bestätigende Stelle, HA Planung, HA SL des MAI oder Außenhandelsunternehmen.

II.

Vorgesehener Verlauf der Verlagerung während der Abkommensverhandlungen:

- Anfrage der Delegation, die ein zusätzliches Plankontingent benötigt, an das zuständige Außenhandelsunternehmen, Abteilung Planung.
- Die Abt. Planung des Außenhandelsunternehmens stellt in Zusammenarbeit mit den Länderabteilungen und dem zuständigen Kontor fest, aus welchem Länderplan eine Verlagerung möglich ist und welche Veränderung der Preisausgleiche sich ergibt.
- Anfrage der Abt. Planung des Außenhandelsunternehmens
  - a) bei der mit dem in Frage kommenden Land verhandelnden Delegation, wenn das Plankontingent aus dem sozialistischen Wirtschaftsgebiet genommen werden soll,
  - b) beim MAI, HASL, wenn das Plankontingent aus dem kapitalistischen Wirtschaftsgebiet genommen werden soll.

In beiden Fällen bei der HA Finanzen des MAI, wenn sich eine Veränderung der Summe der geplanten Preisausgleiche entsprechend Absatz I. 6b, ergibt.

14

4. Die Abteilung Planung d mens erhält Rückantwort, iße.ihandelsunterneh-VEH DIA Elektrotechnik: Jie vorgesehene Plan-Transp. Generatoraggregat .it Verbrennungsverlagerung möglich ist oder nicht motor a) von der abgebenden Delegation Stationäre Generatoraggregate b) von der HASL - HA-Leiter - und von der HA Finanzen des MAI, wenn die Verlagerung it. Ab-Trägerfrequenzgeräte Schweißmaschinen satz I, 6b, zu behandeln ist. Elektrokohlefabrikate Die Entscheidung über die Genehmigung zusätzlicher Plankontingente, Verlagerung oder Erhöhung ist durch die Abteilung Planung des Außenhandeis-unternehmens telefonisch oder telegraphisch der an-fragenden Delegation mitzuteilen. Schriftliche Be-Handelagesellschaft Feinmechanik Optik m. b. H.: Geodätische Geräte Physik.-optische Geräte Materialprüfgeräte stätigung hat auf beiliegendem Vordruck innerhalb einer Woche zu erfolgen. Bei Verlagerungen erhält auch die abgebende Delegation oder die abgebende HA Handelspolitik eine Durchschrift der Bestätigung. Bergbau-Handels-G. m. b. H.: Braunkohlenbriketts Stickstoffdunger x 31. Kalirohsalze Nach endgültiger Verabschiedung der einzelnen Planpositionen haben die Delegationsleitungen die Kalierzeugnisse Natriumsulfat x 33. 34. x 35 Abteilung Planung des jeweiligen Außenhandels-unternehmens über freigewordene Plankontingente Ammonsulfat Kalkammonsalpeter sofort zu unterrichten Zement x 37. Über die Verteilung der freigewordenen Kontingente entscheidet: VEH DIA Glas und Keramik: a) bei Schwerpunktpositionen It. anliegender Liste die HA SL auf Vorschlag der Abteilung Planung des Quarzglas Quarzgut Außenhandelsunternehmens. Bei den mit einem Aubennandelsunternenmens. Bet den mit einem x versehenen Positionen ist die Genehmigung der Leitung des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel einzuholen. Die Entscheidung ist der Planung des Außenhandels-unternehmens durch die HASL unverzüglich telefonisch mitzuteilen und schriftlich zu bestä-VEH DIA Hels und Papier: x 40. Schreib- und Druckpapier 41. Hollerithkarton x 42. Zeitungsdruckpapier Mineralèle Import und Expert G. m. b. H.: Vergaserkraftstoff b) bei allen übrigen Positionen die Abteilung Pla-nung des Außenhandelsunternehmens in Zu-sammenarbeit mit dem zuständigen Kontor und den Länderabteilungen. x 44. Dieselkraftstoff VEH DIA Chemie: 45. 46. Soda, calc. Atznatron 7 Unmittelbar nach Abschluß der Abkommensver-handlungen hat die Abteilung Planung des Außen-handelsunternehmens der Abteilung Planung der zuständigen Hauptverwaltung den neuen Stand des Schwefel Calciumcarbonat Magnesiumcarbonat Essigsäureanhydrid Planes (Ware - Land) und der HASL den neuen Stand der Land-Ware-Pläne (SL) mitzuteilen. Trikresylphosphat Palatinol Foto- und Kinofilme Magnettonband gez. Hüttenrauch 53. Staatssekretär Magnettonfilm PVC 55 Anlage zur Verfügung Nr. 31 Schwerpunktpositionen für Planverlagerungen während der Abkommensverhandlungen 1957 57 Polystyrol Synthetischer Kautschuk Rohmontanwachs Kryolith 59 VEH DIA Maschinen-Export: Gummitransportband Chlor, fl. Methanol Ausrüstungen für die Bergbau- und die Kohleindustrie 63. Butanol Abraum- und Abbaugeräte für den Tagebau 64. 65. DDT Krane Acetylenruß Wälzlager Walzwerksausrüstungen VEH DIA Nahrung: x 66. Zucker VEH DIA WMW-Export: Spanabhebende Werkzeugmaschinen Maschinen für spanlose Formung Normalkorund VEH DIA Textil: x 67. Zellwolle Edelkorund Schleifscheiben und sonstige Schleifmittel Anlage zur Verfügung Nr. 31 Bestätigung der Planverlagerung Bestätigung der Planerhöhung Bestätigung der Plansenkung 12. Siliciumcarbid VEH DIA Chemicausrüstungen: Anfrage von: vom 13. Kreiselpumpen

Menge:

Wert

nach

Leiter der Abteilung

Planung

VEH DIA Transportmaschinen:

Dieselmotoren Elektrolokomotiven

Personenkraftwagen

Mopeds

Motorräder Fahrräder

Kühlwagen

Planpos.-Bezeichnung: Planpos.-Nr.:

Neue Planhöhe des abgebenden Landes: Neue Planhöhe des aufnehmenden Landes:

wird verlagert von:

wird erhöht wird gesenkt

#### erung der Verfügung Nr. 7/Fi 2/56/Erfa. ig der Verfügung Nr. 32: / Vertreterprovisionen 21. 1. 57/We/App. 388

Unter Bezugnahme auf die Verfügung Nr. 7/Fi 2/56/Er-fassung der Vertreterprovisionen, vom 23. 5. 56, ist für das Jahr 1957 auf dem Bericht folgender Genehmi-gungsvermerk anzubringen:

"Registriert bei der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik am 4. Januar 1957 unter Nr. 990/12, befristet bis zum 30. Juni 1957."

Danach ist die nächste Berichterstattung am 20. Ja-

nuar 1957 und am 20. April 1957 für das I. bzw. II. Quartal 1957 fällig. Fehlmeldungen sind erforderlich.

Die Berichte sind unbedingt mit der Bezeichnung "streng vertraulich" und "persönlich zu übergeben" zu

gez. Gerstenberger Hauptbuchhalter

#### Verfügung Nr. 33: 2. Anderung\* der Verfügung Nr. 10/Fi 3/56/Einholung von Bank- oder anderen Auskünsten und Maßnahmen zur Verbesserung der Kontrolle über die Einhaltung der Kreditlimite 22. 1. 57/We/App. 388

Der Abschnitt I, 1. Absatz dieser Verfügung erhält folgende Neufassung:

"Die Generaldirektoren sind grundsätzlich für die Fest-legung der maximalen Höhe der an Kunden im kapita-listischen Wirtschaftsgebiet zu gewährenden Kreditic verantwortlich und legen die Eigenverantwortlichkeit der Fachdirektoren und Kontordirektoren in bezug auf die Gewährung von Limiten schriftlich fest." Der Abschnitt IV, Pkt. 1, 4 Absatz ist wie folgt zu

"Der Kontorleiter bzw. Ein- und Verkäufer hat auf Grund der Auskunft unter Berücksichtigung eventuell bereits vorhandener Informationen die Zahlungsbedingungen festzulegen und das Kreditlimit vorzuschlagen.

gungen festzulegen und das Kreditlimit vorzuschlagen. Soweit hierbei neben der Auskunft anderweitige Informationen berücksichtigt werden, sind diese im Krediturteil unter Angabe der Quelle anzuführen. Das Kontor ist verpflichtet, das Krediturteil dreifach innerhalb 2 Tagen auszufertigen. Nach Unterschrift durch den Verantwortlichen (entsprechend der Festlegung des Generaldirektors it. Abschnitt I, 1. Absatz) ist das Krediturteil zusammen mit der Auskunft dem Auskunftsbearheiter zuzuleiten. Auskunftsbearbeiter zuzuleiten."

gez. Gerstenberger Hauptbuchhalter

\*) 1. Anderung Vfg. Nr. 21 (VM-Blatt 5/56)

#### II. Mitteilungen

#### Allgemeines: Empfehlungen des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel und des Zentralvorstandes der Gewerkschaft Handel über den Abschluß von Betriebskollektivverträgen im Jahre 1957 in den Außenhandelsunternehmen

Kolleginnen und Kollegen!

Die Aufgaben des Außenhandels im zweiten Fünfjahr-Die Aufgaben des Außenhandels im zweiten Fünfjahrplan erfordern von allen Mitarbeitern des Außenhandels höchsten Einsatz. Zur Lösung der Aufgaben sollen erstmalig im Jahre 1957 in allen Außenhandelsunternehmen Betriebskollektivverträge abgeschlossen werden, die gemeinsam vom Generaldirektor und der Betriebsgewerkschaftsleitung auszuarbeiten sind. Die Vorbereitungen für den BKV sind bis zu dessen Abschluß so zu organisieren, daß alle Mitarbeiter die Bedeutung erkennen und nach Abschluß des BKV diesen durch aktive Mitarbeit verwirklichen helfen.

Wir sind überzeugt, daß die gemeinsamen Vorbereitungen für den Abschluß des Betriebskollektivvertrages zur Entwicklung einer ständigen, gemeinsamen, ziel-strebigen Arbeit des Leitungskollektivs und der ganzen Belegschaft (vertreten durch die Betriebsgewerk-schaftsleitung) führen werden. Für die Aufstellung des BKV werden folgende Emp-

fehlungen gegeben:

Der Betriebskollektivvertrag soll übersichtlich sein. Er Der Betriebskollektivvertrag soll übersichtlich sein. Er hat die Aufgabe, die gesetzlich geregelten Bestimmungen zu realisieren. In der Einleitung zum Betriebskollektivvertrag ist von den Erfolgen, die das Außenhandelsunternehmen/ im Jahre 1956 erzielt hat, auszugehen. Es ist darzuiegen, welche Anstrengungen und welche Methoden zur Erfüllung der Pläne geführt haben. Durch eine überzeugende Darstellung der er-

reichten Erfolge im Jahre 1956 wird es möglich sein, die Mitarbeiter des Außenhandels dafür zu gewinnen, die Mitarbeiter des Außenhandels dafür zu gewinnen, ihre Leistungen zu steigern und ihre ganze Kraft für die Erfüllung der gestellten Aufgaben im Betriebskolektivvertrag für das Jahr 1957 einzusetzen. Der Betriebskollektivvertrag soll von allem bürokratischen Ballast frei sein. Es sind darin die Verpflichtungen der Betriebsgewerkschaftsleitung und der Betriebsleitung und die grundsätzlichen Maßnahmen zur Lösung der Aufgaben festzulegen Aufgaben festzulegen.

In vier Abschnitten ist der Betriebskollektivvertrag wie folgt zu gliedern:

- A. Aufgaben zur Planerfüllung, zur Verbesserung der Arbeitsorganisation sowie Senkung der Selbstkosten.
- B. Fragen der Entlohnung und betriebliche Festlegung über Arbeits- und Lebensbedingungen und die Her-anbildung von fachlichem Nachwuchs sowie Er-wachsenenqualifizierung.
- C. Aufgaben zur Verbesserung des Arbeits- und Ge-sundheitsschutzes, des Feriendienstes und der Sozialversicherung.
- D. Aufgaben auf dem Gebiet der kulturellen Massenarbeit und des Sportes.

In den einzelnen Abschnitten sind auch grundsätzliche Verpflichtungen zur Frauen- und Jugendförderung so-wie zur Verbesserung des Arbeitsschutzes aufzuneh-

- a) Treffen einzelne Aussamungsgüter ein, so ist vom Grenzkontrollamt die Identitätskontrolle durchzuführen. Der VEB Deutrans hat die Güter von dem jeweiligen IWBS an Hand der beiliegenden Währungsfakturen abzuschreiben. Das Grenzkontrollamt kontrolliert und zeichnet die Abschreibung ab und setzt die Güter in den freien Verkehr.
- b) Ist an der Grenze eine Kontrolle der rückgeführten Waren aus technischen Gründen nicht
  möglich, so sind die Waren auf Antrag des VEB
  Deutrans im Zollanweisungsverfahren an das zuständige Binnenkontrollamt zu überweisen. In
  diesem Falle wird die 3. Ausfertigung der Währungsfaktura der Erstschrift des Zollbegleitscheines A oder B (Vordruck der Internationalen Zollanmeldung) und die 4. Ausfertigung
  der Währungsfaktura der Zweitschrift des Zollbegleitscheines beigefügt.

#### Der Befund hat zu enthalten:

Die Anzahl der Kollis, die angelegten Zollverschlüsse, die Nr. des Global-IWBS, den Vermerk über die Übereinstimmung der Angaben der Währungsfaktura und des IWBS, Unterschrift und Dienststempelabdruck.

Die von dem VEB Deutrans an Hand der Währungsfakturen erfolgte Abschreibung ist vom Grenzkontrollamt zu kontrollieren und abzuzeichnen.

Die Waren sind einer äußeren Zollbeschau zu unterziehen. Die Wiedergestellungsfrist für die Zollbegleitscheine beträgt 4 Wochen. Das Binnenkontrollamt fertigt die Waren auf Antrag des

- Empfängers an Hand der Wasseungsfakturen nach innerer Zollbeschau zum freien Verkehr ab.
- c) Treffen Ausstellungsgüter in geschlossenen Sammelgutwaggons ein, so sind diese ebenfalls im Zollanweisungsverfahren an das Bestimmungskontrollamt zu überweisen. Verfahren wie Buchstabe b).
- d) Wird vom Binnenkontrollamt festgestellt, daß die Währungsfaktura mit den Waren nicht übereinstimmt, so ist der Sachverhalt zu klären und das Ergebnis dem Grenzkontrollamt gegebenenfalls zwecks Berichtigung der Abschreibung mitzutellen.
- Der Global-IWBS wird nach Ablauf der Gültigkeitsfrist vom VEB Deutrans an das MAI eingesandt und an die ausstellende Stelle weitergeleitet.

#### III.

- Die Außenhandelsunternehmen sind für die Kontrolle über den Eingang der Zahlungen für im Ausland verkaufte Exponate verantwortlich.
- Die Außenhandelsunternehmen sind für die Kontrolle der Ordnungsmäßigkeit der im Ausland als Repräsentationswaren oder als Kostproben unentgeltlich abgegebenen Exponate verantwortlich.
- Die Brigadeleiter der Außenhandelsunternehmen oder ihre Beauftragten tragen die Verantwortung für die Übergabe ordnungsmäßiger Unterlagen an den Transportbeauftragten über die zurückzuführenden Messegüter.

gez. Hüttenrauch, Staatssekretär

#### Verfügung Nr. 29: Verfahren bei der Abfertigung von Waren für ausländische Messen und Ausstellungen 28. 1, 57 Hu./App. 1707

Zur Vereinsachung des Versandes und der Aus- und Einfuhrkontrolle von Messegütern wird folgendes festgelegt:

#### I. Ausfuhr der Messegüter

- Die Lieferbetriebe erhalten vom zuständigen Außenhandelsunternehmen die Ausstellungsaufträge.
- 2. Der VEB Deutrans, welcher vom Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel als Messespediteur beauftragt ist, richtet zu den jeweiligen ausländischen Messen und Ausstellungen eine Messeleitstelle ein. Diese ist für den ordnungsgemäßen Transport der Güter und für die Beschaffung der Aus- und Einfuhrgenehmigungen verantwortlich.
  - Von der Messeleitstelle erhalten die Lieferbetriebe die erforderlichen Versandinstruktionen.
- Die Lieferbetriebe haben für Waren, die für Auslandsmessen und -ausstellungen bestimmt sind, die Abfertigung beim zuständigen Binnenkontrollamt zu beantragen.
  - Als Zollanmeldung sind vom Lieferbetrieb außer den ggf. für das Ausland erforderlichen Währungsfakturen 4 Fakturen in deutscher Sprache om Wertangabe auszustellen und mit den abzufertigenden Gütern dem Kontrolleur des Binnenkontrollamtes vorzulegen.
  - Die Währungsfakturen sind vom Lieferbetrieb deutlich mit Erst-, Zweit-, Dritt- und Viertschrift zu kennzeichnen.
  - Die Ausfertigung und Vorlage von Zollbegleitscheinen, Nämlichkeitsscheinen und Ausfuhrmeldungen durch die Betriebe entfällt somit.
- Die Waren sind der inneren Zollbeschau zu unterziehen. Ihre Nämlichkeit ist gemäß der Allgemeinen Zollordnung § 206 zu sichern.
  - Nach beendeter Kontrolle fertigt der Kontrolleur auf den Rückseiten der 4 Währungsfakturen den Abfertigungsbefund mit Angabe der Nämlichkeitssicherung. Im Befund ist die Anzahl der Blätter der Währungsfakturen zu vermerken. Der Abfertigungsbefund ist mit Datum, Unterschrift und Dienstsiegelabdruck zu bestätigen. Jedes weitere Blatt der Währungsfaktura wird auf der Rückseite mit einem Dienstsiegelabdruck und Unterschrift versehen.
- 5. Die 3. und 4. Ausfertigung der Währungsfakturen mit Abfertigungsbesfund des Binnenkontrollamtes werden vom Lieferbetrieb direkt an die Messeleitstelle versandt. Diese dienen als Grundlage für die Ausfertigung des Global-EWBS. Nach Ausfertigung des EWBS werden die Währungsfakturen von der Kammer für Außenhandel in das Ausstellungsland mitgenommen. Während der Messe werden die Währungsfakturen dem Brigadeleiter oder dessen Beauftragten des jeweils zuständigen Außenhandelsunternehmens übergeben.
  - Der ausgefertigte Global EWBS wird vom VEB Deutrans beim vorgesehenen Grenzübergangspunkt (Grenzkontrollamt) hinterlegt.
- 6. Die 1. und 2. Ausfertigung der Währungsfakturen werden wie Blatt 1 und 2 der Ausfuhrmeldung behandelt. Zu diesem Zweck hat der Lieferbetrieb auf der Vorderseite der 1. und 2. Ausfertigung der Währ rungsfakturen einen Stempelabdruck "Gilt als Ausfuhrmeldung" anzubringen. Die 1. und 2. Ausferti-

- gung der Währungsfakturen begleiten die Waren bis zum Grenzkontrollamt. Die Gültigkeit dieser Währungsfakturen ist auf 8 Wochen, gerechnet vom Tage der Abfertigung durch das Binnenkontrollamt, festzusetzen, da die Güter nicht sofort zum Versand gebracht werden können. Der Versand erfolgt erst nach Abruf durch die Messeleitstelle. Die Lieferbetriebe dürfen die kontrollierten Waren nicht verändern oder vertauschen und sind für die Einhaltung der Nämlichkeitssicherung bis zur Übergabe an den ersten Warenführer voll verantwortlich.
- 7. Wird Messegut der Messeleitstelle zugeleitet und werden von dieser Sammelgutsendungen zusammengestellt, so sind diese Sendungen unter Zollaufsicht zu verladen. An Hand der Währungsfakturen fertigt der VEB Deutrans Ladelisten an. Diese Dokumente dienen als Grundlage für die Verladung der Sammelgutsendungen.
  - Ein entsprechender Befund über die Abfertigung ist vom Kontrolleur auf der Ladeliste anzubringen.
  - Der Kontrolleur hat die zu den Stückgütern gehörenden Währungsfakturen für jeden Waggon und die Ladeliste in einem gesonderten Umschlag, der den deutlichen Vermerk "Papiere zum Waggon Nr. ..." zu tragen hat, zu versiegeln und an den vorgeschriebenen Grenzübergangspunkt zu adressieren. Der Waggon ist mit einem entsprechenden Raumverschluß zu versehen. Auf dem Umschlag ist die genaue Anzahl und Prägezeichen der angelegten Zollplomben anzugeben.
  - Der Umschlag ist dem Frachtbrief beizufügen und verlustsicher anzubringen.
  - Der Sammelgutwagen ist vom Grenzkontrollamt einer äußeren Beschau zu unterziehen. Elne innere Zollbeschau dieser Sammelgutwagen erfolgt nur bei Verletzung des Zollverschlusses. Die Abschreibung der Ausstellungsgüter erfolgt auf dem beim Grenzkontrollamt hinterlegten Global-EWBS an Hand der Währungsfakturen.
  - Auf der 1. und 2. Ausfertigung der Währungsfakturen bestätigt das Grenzkontrollamt die Ausfuhr. Die 1. Ausfertigung wird nach Ablauf der Gültigkeitsfrist mit dem Global-EWBS an das MAI eingesandt und an die ausstellende Stelle weitergeleitet. Die 2. Ausfertigung begleitet die Ware bis zum Empfänger.

#### II. Wiedereinfuhr der Messegüter

Nach Abschluß der Messe hat der zuständige Brigadeleiter auf der 3. und 4. Ausfertigung der Währungsfakturen (die den Abfertigungsbefund des Binnenkontrollamtes enthalten), die verkauften, als Repräsentationswaren verbrauchten oder wegen Wertlosigkeit vernichteten Ausstellungsgüter abzuschreiben. Er und ein weiterer verantwortlicher Mitarbeiter der Brigade haben die Abschreibung durch ihre Unterschrift zu bestätigen. Die so berichtigten Währungsfakturen dienen dem Transportbeauftragten als Grundlage für die Beantragung des Global-IWBS.

- Der Global-IWBS wird bei der Grenzstelle des VEB Deutrans hinterlegt.
- Die Währungsfakturen mit den bestätigten Abschreibvermerken müssen rechtzeitig zur Wiedereingangsabfertigung beim Grenzkontrollamt vorliegen.

men. Die detaillierten Teili 3en zur Frauen- und Jugendförderung sollen Bestandteil des Ausbildungs-planes der Kaderabteilung sein, über dessen Erfüllung insbesondere in Frauen- und Jugendversammlungen Rechenschaft abgelegt werden soll.

Der Plan der technisch-organisatorischen Maßnahmen ist nicht Bestandtell des Betriebskollektivvertrages. Im Betriebskollektivvertrag ist jedoch eine Verpflichtung zur quartalsweisen Überprüfung dieses Planes aufzu-

#### Zum Abechnitt A.

# Aufgaben zur Planerfüllung, zur Verbesserung der Arbeitsorganisation sowie Senkung der Selbeikesten

Eingangs dieses Abschnittes ist zum Ausdruck zu brin-gen, daß durch die weitere Mechanisierung und Ver-besserung der Arbeitsorganisation sowie die umfassende Organisierung des sozialistischen Wettbewerbes und die Verbreiterung des Vorschlags- und Erfindungs-

- a) die vorfristige Erfüllung der Ex- und Importpläne, besonders der Valutapläne,
- b) die Steigerung des Valutaaufkommens und damit Senkung der Preisausgleichsmittel durch eine konsequente Preispolitik,
- c) die Senkung der Regiekosten und Einsparung von Devisen für Reise- und Messekosten erreicht werden sollen.

In diesem Abschnitt hat die Betriebsleitung die Verpflichtung zu übernehmen, nach Eingang des Planes die Planzahlen bis auf die kleinste operative Einheit aufzuschlüsseln und allen Mitarbeitern zu erläutern. Der sozialistische Wettbewerb von

> Mann zu Mann, Gruppe zu Gruppe, Kontor zu Kontor

muß unter Abschnitt A. behandelt werden, da er 1957 der Hebel für die Erfüllung und Übererfüllung der Planaufgaben werden muß. Die Betriebsleitung hat in ihren Verpflichtungen dafür zu sorgen, daß ein stän-diger Erfahrungsaustausch unter den Kollegen stattfindet. Die laufende Kontrolle der persönlichen Ver-pflichtungen der Mitarbeiter, die sich auf die Verbesse-rung des Arbeitsergebnisses beziehen, sowie die öffent-liche Führung und Auswertung des Wettbewerbes und eine kurzfristige Prämiterung müssen unbedingt durch Verpflichtungen der Betriebsleitung gewährleistet sein. Zur Entwicklung des Vorschlags- und Erfindungs-wesens auf der Grundlage konkreter Themenstellungen zur Lösung der Schwierigkeiten der Außenhandelsunternehmen sind alle Mitarbeiter an der Einreichung von Verbesserungsvorschlägen zu interessieren.

Verpflichtungen hierzu im Betriebskollektivvertrag sollen keine gesetzlich festgelegten Maßnahmen ent-halten, sondern aussagen, wie Betriebs- und Gewerk-schaftsleitung das Vorschlagswesen zur Massenbewegung entwickeln wollen.

Die regelmäßige Durchführung von Handelsberatungen mit der Führung von Beschlußprotokollen ist durch die Gewerkschafts- und Betriebsleitungen zu gewährleisten. Die Auswertung der in den Handelsberatungen gefaßten Beschlüsse darf höchstens 10 Tage in Anspruch nehmen, wobei die Realisierung der Vorschläge in kürzester Frist erfolgen muß.

Fragen der Entlehnung und betriebliche Festiegungen über Arbeite- und Lebensbedingungen und die Heran-bildung von fachlichem Nachwuchs sowie Erwachsenen-qualifriagrung

#### a) Entlehnung

Über die richtige Anwendung und Einhaltung der z. Z. bestehenden Bestimmungen über die Entloh-

nung der Mitarbeiter der Auß delsunternehmen ist eine laufende Kontrolle zu adhren. Durch Verbesserung der politischen Massenarbeit in bezug auf die Erläuterung der Prinzipien unserer Lohnpolitik sind Tendenzen der Gleichmacherei und unsachgemäße Einstufungen der Mitarbeiter zu über-winden.

#### b) Arbeits- und Lebensbedingungen

Arbeita- und Lebensbedingungen
Die Verpflichtungen des Betriebskollektivvertrages
dürfen sich nicht einseitig auf Maßnahmen zur
hohen Planerfüllung beziehen. Es ist davon auszugehen, daß in unseren sozialistischen Betrieben die
besondere Fürsorge den Werktätigen gehört. Deshalb ist in Verpflichtungen dafür zu sorgen, daß
eine ständige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Mitarbeiter eintritt. Dazu
gehört, daß den Mitarbeitern bei schwierigen Wohnverhältnissen Unterstützung gewährt und die Gründung von Wohnungsbaugenossenschaften für den
Außenhandel vorbereitet wird. Auf die weitere
Verbesserung der Werksverpflegung (Wahlessen
Diätessen usw.), die zweckmäßige Ausgestaltung der
Speise- und Aufenthaltsräume sowie der sanitären
Anlagen muß ständig eingewirkt und die hierfür
erforderlichen Mittel sind im Betriebskollektivvertrag zur Verfügung zu stellen. Die finanziellen
Mittel des Betriebes und der Gewerkschaftskasse für
soziale Unterstützungen, wie z. B. bei Eheschließunsoziale Unterstützungen, wie z. B. bei Eheschließungen, Geburten und Sterbefällen sind ebenfalls im Betriebskollektivvertrag vorzusehen.

Darüber hinaus sind Maßnahmen festzulegen, die garantieren, daß die Durchsetzung der Betreuung der Mitarbeiter im Ausland auf der Grundlage der Bestimmungen erfolgt (Verfügungen und Mittellungen des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel Nr. 4/1956).

# Heranbildung von fachlichem Nachwuchs und Erwachsenenqualifizierung

Es kommt darauf an, planmäßig und systematisch die politische und fachliche Qualifikation der Ar-beiter und Angestellten, Frauen und Jugendlichen entsprechend den konkreten Aufgaben des jeweiligen Betriebes zu erhöhen.

Die in den Außenhandelsunternehmen eingesetzten Die in den Aubermandersunternennen eingesetzten Vorpraktikanten sind an Hand von besonders aufzu-stellenden Durchlaufplänen und Qualifizierungs-maßnahmen für ihr Direktstudium an der Hoch-schule für Außenhandel vorzubereiten.

schule für Aubennander vorzubereiten. Die Ausbildung unserer Lehrlinge zu Außenhandelskaufleuten ist durch Verpflichtungen im Betriebskollektivvertrag, der konsequenten Einhaltung der Ausbildungsrichtinie und den Abschluß von Patentaltung und der Ausbildungsrichtinisten und den Abschluß von Patentaltung und der Abschluß von Patentaltung und der Ausbildungsrichtinisten und der Abschluß und der Ausbildungsrichtinisten und der Ausbildungsrichtin schaftsverträgen zwischen jedem Lehrling und einem leitenden Angestellten zu gewährleisten. Bei der Durchführung des Berufswettbewerbes der Deutschen Jugend 1957 ist den Lehrlingen weit-gehende Unterstützung zu geben. Dieser Abschnitt hat auch Verpflichtungen für die Förderung der Initiative der Jugend und ihre fachliche und gesell-schaftliche Qualifizierung zu enthalten. Zur Erreichung dieser gestellten Aufgaben ist die Mitarbeit geeigneter Kräfte notwendig. Die Mittel hierfür müssen im Betriebskollektivvertrag bereitgestellt werden. Zur weiteren Qualifizierung von Frauen für derzeitige und höhere Funktionen sind sowohl entsprechende Voraussetzungen zur fachlichen Weiterbildung (zahlenmäßige Festlegung ist erfor-derlich) als auch der sozialen Unterstützung zur Unterbringung der Kinder zu schaffen.

Es ist zu empfehlen, in diesem Abschnitt zur Ausbildung und Qualifizierung der Mitarbeiter mittels des Fernstudiums und Kursen an den Abendschulen Stellung zu nehmen und Verpflichtungen zur Unterstützung ihres Studiums festzulegen. Zur Erhöhung der fachlich-wissenschaftlichen Kenntnisse aller Mitarbeiter sind Vorträge der Handelspolitik. Sprachkurse usw. zu organisieren.

#### Zum Abschnitt C.

Aufgaben zur Verbesserung des Arbeits- und Gesundeitsschutzes, des Feriendienstes und der Bozial-

#### a) Arbeits- und Gesundheitsschutz

Arbeite- und Gesundheitsschutz

Ausgehend vom Grundsatz, daß in unserem Staat die Sorge um den Menschen im Vordergrund steht, sollen in diesem Abschnitt solche Maßnahmen festgelegt werden, die dem Arbeitsschutz und der Gesunderhaltung der Mitarbeiter dienen. Dazu gehört daß regelmäßige Betriebsbegehungen zur Feststellung und Beseitigung von Unfallursachen sowie zur Brandschutzsicherung durchgeführt werden. Es ist zu empfehlen, bei der Inbetriebnahme neuer Arbeitsräume durch Überprüfung bzw. gutachtliche Stellungnahme durch den Sicherheitsinspektor bzw. die Arbeitsschutzinspektion bestätigen zu lassen, daß die Arbeitsräume den Anforderungen entsprechen. Es ist durch die Betriebsleitungen zu garantieren, daß zur Entlüftung und Winterfestmachung der Arbeitsräume Vorsorge getragen wird und die Durchführung des Arbeitsschutz-Monats erfolgt. In diesem Abschnitt sollen weiterhin Maßnahmen enthalten runrung des Arbeitsschutz-Mohats erroigt. In diesen Abschnitt sollen weiterhin Maßnahmen enthalten sein, die der Gesunderhaltung der Mitarbeiter dienen. Dazu gehören Reihenuntersuchungen, vor-beugende Krebsuntersuchungen bei weiblichen Mit-arbeitern, Schaffung von Frauenruheräumen usw.

Es ist notwendig, Maßnahmen für den Neubau, die Erweiterung und Instandhaltung sowie Kontrolle der hygienischen Einrichtungen und den Abschluß der nygienischen Einrichtungen und den Abschlub von Verträgen mit benachbarten Betriebspoli-kliniken aufzunehmen. Die Auswertung von Krankenstatistiken muß regelmäßig erfolgen, um entsprechende Maßnahmen zur Verhinderung sich häufender Krankheitsfälle, die betriebsbedingt sind. einzuleiten

In Verbindung mit dem Deutschen Roten Kreuz soll in jedem Betrieb dafür gesorgt werden, daß meh-rere Mitarbeiter als Gesundheitshelfer ausgebildet werden und die erforderliche medizinische Aus-rüstung vorhanden ist.

Damit jeder Beschäftigte auch während einer Damit jeder Beschäftigte auch während einer Krankheit die Fürsorge des Betriebes spürt, ist die Betreuung erkrankter Belegschaftsmitglieder sicherzustellen und die Gewährung von materiellen Unterstützungen aus dem Direktorfonds und der Gewerkschaftskasse vorzusehen. In diesem Abschnitt ist die Aufschlüsselung der für 1957 vorgesehenen Mittlel für Arbeits- und Gesundheitsschutz vorzunehmen und eine laufende Kontrolle über die zweckentsprechende und termingemäße Verwendung seitens der Betriebsgewerkschaftsleitung auszuüben.

#### b) Sozialversicherung und Feriendiensi

Zu den Aufgaben der Sozialversicherung und des Feriendienstes sind in den Betriebskollektiv-verträgen Verpflichtungen zur rechtzeitigen und sorgfältigen Erarbeitung der Haushaltspläne der Sozialversicherung sowie Verpflichtungen zur mo-natlichen Kontrolle über kurzfristige Barleistungen durch das Plankollektiv zu übernehmen. Auch hier ist die Kontrolle der richtiger Verwendung der ist die Kontrolle der richtigen Verwendung der Mittel der Sozialversicherung durch die Betriebsgewerkschaftsleitung zu gewährleisten.

Anfang des Jahres ist ein Urlaubsplan aufzustellen, der die Gewähr dafür gibt, daß jeder Mitarbeiter im Kalenderjahr seinen Urlaub zusammenhängend erhält. Gleichzeitig ist zu erreichen, daß die zur Verfügung stehenden Ferienreisen des FDGB, auch Winterreisen, voll ausgenutzt werden. Die Plätze sind nach Leistung und Bedürftigkeit zu verteilen und für besondere Fälle sind Verpflichtungen zur finanziellen Unterstützung aus betrieblichen Mitteln im Betriebskollektivvertrag aufzunehmen. Berufs-schulpflichtigen ist der Urlaub möglichst während der Berufsschulferien zu gewähren.

#### Zum Abschnitt D.

Aufgaben auf dem Gebiete der kulturellen Maarbeit und des Sports

In diesem Abschnitt ist durch Verpflichtungen im Be In diesem Abschnitt ist durch Verpflichtungen im Betriebskollektivvertrag der weitverbreiteten Ansicht entgegenzuwirken, daß die kulturelle Massenarbeit nur Laienspiel, Sport und Tanz beinhaltet. Es ist zu sichern, daß durch Mittel der kulturellen Massenarbeit die Arbeitsergebnisse fördernd beeinflußt werden. Bei der Entwicklung des Vortragswesens sind Probleme des Allgemeinwissens, der naturwissenschaftlichen Kenntnisse sowie die unmittelbaren Lebensfragen der Mitarbeiter zu behandeln. Die Schaffung und Ausgestaltung von Schulungs- und Kulturräumen ist festzulegen Die Mittel hierfür sind bereitzustellen. Die Mittel hierfür sind bereitzustellen.

Die Anwendung von Neuerermethoden und Verbesserungsvorschlägen sind durch Erfahrungsaustausch, Ausstellungen, Arbeit mit der Wandzeitung usw. zu unter-

Um die Arbeit mit den Kindern v sind nicht nur der Internationale Kindertag, das Weihnachtsfest und der Fasching mit ihnen zu felern, sondern dazu gehört auch eine gute Vorbereitung der
Kinderferienaktion im Sommer und Winter und z. B.
Schulungen der Lagerleiter und Helfer, die Einladung
westdeutscher Kinder und vor allem Elternaussprachen. Auch die Patenschaftsverträge mit allgemeinbildenden Schulen sind mit aufzunehmen.

In diesem Abschnitt sollen auch Verpflichtungen Entwicklung des Massensports, der weiteren Werbung von Mitgliedern für die Sportgemeinschaften und Gründung weiterer Sparten sowie der Entfaltung eines regen Sportverkehrs zwischen Ost und West enthalten sein. Die erforderlichen Mittel zur Förderung des Sports sind im Betriebskollektivvertrag zu sichern.

#### Schlußbestimmungen

Hier ist festzulegen, in welcher Weise die Betriebsleitung und Betriebsgewerkschaftsleitung die Erfüllung der Verpflichtungen im gesamten Betriebskollektivver-rrag organisieren werden und wie sie alle Kollegen der Außenhandelsunternehmen in die Massenkontrolle einbeziehen wollen

Festzulegen ist, daß die Rechenschaftslegungen über die Effüllung der Verpflichtungen des Betriebskollek-tivvertrages vierteljährlich von den Kollegen des gesamten Außenhandelsunternehmens in Vertrauens-leute-Vollversammlungen in der Zeit vom 15.d. M. nach Quartalsschluß bis zum 15. des darauffolgenden Monats zu erfolgen haben. Gleichzeitig verpflichtet sich die Betriebsleitung, den Betriebskollektivvertrag späte-stens vier Wochen nach erfolgtem Abschluß zu verviel-fältigen. Sämtliche Beschäftigten der Außenhandels-unternehmen müssen den Inhalt des Betriebskollektivvertrages kennen

Der Betriebskollektivvertrag für das Jahr 1957 ist spätestens bis zum 28. 2. 1957 abzuschließen. Eine Registrierung wird nicht vorgenommen. Er tritt sofort nach der Unterzeichnung in Kraft. Je ein Exemplar ist dem Bezirksvorstand und Zentralvorstand der Gewerkschaft Handel sowie dem Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel zur Verfügung zu stellen. Die Grundlagen für diese Erarbeitung sind

- a) der Betriebsplan.
- b) die vorliegenden Empfehlungen.
- die gesetzlichen Bestimmungen über den Ab-schluß von Betriebskollektivverträgen.

Um das Interesse aller Mitarbeiter am Betriebskollek-tivvertrag und der Erfüllung der Verpflichtungen zu wecken, werden die Abschlußarbeiten im Gegensatz zum Vorjahr vereinfacht.

Der Abschluß des Betriebskollektivvertrages soll in zwei Etappen erfolgen:

Zu Beginn des neuen Jahres hat eine gemeinsame Sitzung der Betriebsleitung und der Betriebsgewerk-

schaftsleitung zur Vorbereit. Ies Betriebskollektivvertrages zu erfolgen, in dei "ie Vorschläge für den
Abschluß des Betriebskollektivvertrages entwickelt
werden. In dieser Sitzung erfolgt die Bestätigung der
zentralen Kommission zur Erarbeitung des Betriebskollektivvertrages, die sich aus Vertretern der Betriebsund Gewerkschaftsleitung zusammensetzt. Den Vorsitz
der zentralen Kommission führt der Generaldirektor.
In der darauffolgenden Aktivtagung der Gewerkschaftsfunktionäre werden die auf der gemeinsamen
Sitzung erarbeiteten Probleme dargelegt und dem gesamten Betrieb die Orientierung für den Abschluß des
Betriebskollektivvertrages gegeben.

Zur Erarbeitung der einzelnen Teilabschnitte des Betriebskollektivvertrages werden keine besonderen Kommissionen gebildet, sondern die gewerkschaftlichen Kommissionen für diese Zeit durch Vertreter der Betriebsleitung und anderen Außenhandelsmitarbeitern mit besonderen Erfahrungen auf den verschiedenen Fachgebieten verstärkt. In verantwortlicher, gemeinsamer Arbeit der in diesen Kommissionen tätigen Wirtschafts- und Gewerkschaftsfunktionäre werden die Vorschläge für den 1. Entwurf des Betriebskollektivvertrages erarbeitet, die mit den Vorschlägen aus den Handelsberatungen von den zentralen Kommissionen zusammengestellt werden.

Da in diesem Stadium der Vorbereitung im allgemeinen keine Gruppenversammlungen durchgeführt werden, ist eine Publizierung der Vorschläge an den Wandzeitungen und durch Betriebsfunk erforderlich. Die Vorschläge sind zu veröffentlich o daß jeder Beschäftigte die Möglichkeit hat, sein demerkungen und ergänzenden Hinweise der zentralen Kommission zu übermitteln.

Nach der Ergänzung des Entwurfes durch die Vorschläge der Mitarbeiter werden in der zweiten Etappe Versammlungen des gesamten Betriebes oder Vertrauensleute-Vollversammlungen durchgeführt, in denen die Begründung und Diskussion des Betriebskollektivvertrages erfolgt. In dieser Versammlung wird der Betriebskollektivvertrag abgeschlossen.

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die Arbeit nicht mit dem Abschluß beendet ist, sondern unmittelbar nach Abschluß des Betriebskollektivvertrages die Organisierung der Massenkontrolle erfolgen muß

Die Verpflichtungen in den einzelnen Teilabschnitten müssen die Grundlage für die Arbeitspläne der Betriebsleitung, der Betriebsgewerkschaftsleitung und ihrer Kommissionen werden. In den Gruppenund Handelsberatungen ist laufend zur Erfüllung der Verpflichtungen Stellung zu nehmen.

Berlin, den 21. Dezember 1956

gez.: Goeltzelt Zentralvorstand der Gewerkschaft Handel

i. V. gez.: Wächter Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel

#### Verkehr: Ausfertigung der Versandaufträge

16. 1. 57/Ri-232 1749

Die Anweisung vom 18. 9. 1956 uber die Ausfertigung der Konnossemente bei Lieferungen im Levante-Verkehr ab Wismar sieht vor, daß Warenbezeichnungen in englischer und französischer Sprache im Versandauftrag vermerkt werden müssen.

Diese Anweisung wird vielfach nicht beachtet. Es wird darauf hingewiesen, daß die Vorschrift unbedmgt beachtet werden muß, da sonst zeitraubende Rückfragen erforderlich werden, die eine planmäßige Abwicklung der Transporte verhindern.

Nach allen anderen Relationen müssen in den Versandaufträgen Warenbezeichnungen ebenfalls zusätzlich in einer Fremdsprache angeführt werden. Hierfür sind die Hinweise in den "Konsulats- und Mustervorschriften" zu beachten.

gez.: Wächter Stellvertreter des Ministers

Nur R

Dicastgebrood!

# Verfügungen und Mitteilungen

# des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel

1957

Berlin, den 15. März

Nr. 4

# SIEGER IM SOZIALISTISCHEN WETTBEWERB IV. QUARTAL 1956

Siegerbetrieb im Wettbewerb um die Wanderfahne des Ministerrates:

VEH DIA Holz und Papier

Prämie: DM 8000.-

Siegerbetriebe im Wettbewerb um die Wanderfahne des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel:

Wettbewerbsgruppe II

Deutsche Export- und Importgesellschaft Feinmechanik-Optik mbH. • Prämie: DM 5000.-

Wettbewerbsgruppe III

VEH DIA Textil

Prämie: DM 6000.-

Wettbewerbsgruppe IV

Deutsche Stahl- und Metall Handelsgesellschaft mbH.

Prämie: DM 6000.-

Wir wünschen den Mitarbeitern dieser Außenhandelsunternehmen weiteren Erfolg.

MINISTERIUM FUR AUSSENHANDEL UND INNERDEUTSCHEN HANDEL

21

#### Inhaltsverzeichnis

I.	Verfügungen		
	Nr. 34:	Fi 1/57 Kontenrahmen 1957	22
	Nr. 35:	Fi 2/57 Erläuterungen zum Finanzbericht Außenhandel - FBA - 1957	22
	Nr. 36:	Werbung der Außenhandelsunternehmen in Indien	2.7
	Nr. 37:	Versand von Kleinstmengen und Ersatzteilen im innerdeutschen Handel auf Grund von Globalgenehmigungen	20
П.	Mitteilungen		
	Allgem.:	Maßnahmen, die das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel zur Verminderung der Reklamationen im Außenhandel getroffen hat und den beteiligten Ministerien empfiehlt	26
	Allgem.:	Lenkung der bautechnischen Projektierung für Auslandsvorhaben	28
	Arbeit:	Wettbewerbsbedingungen für die Betriebe im Bereich des MAI zum Massenwettbewerb um die Wanderfahne im Jahre 1957	29
_			

## I. Verfügungen

### Verfügung Nr. 34: Fi 1/57 Kontenrahmen 1957

13. 2. 57/0330/App. 388

I.

Gemäß Anordnung über die Buchführung und buchhalterische Berichterstattung der volkseigenen Handelsbetriebe vom 23. 10. 1956 (GBI. I/102/56), § 20, 1. Abs.,
ist der als Sonderdruck bereits veröffentlichte Fachkontenrahmen des Außenhandels der DDR mit Wirkung vom 1. 1. 1957 in allen Außenhandelsunternehmen
der DDR einzuführen.

II.

Die Außenhandelsunternehmen sind verpflichtet, einen bet rieblichen Kontenplan aufzustellen. Es ist zulässig, entsprechend den besonderen Bedürfnissen der Außenhandelsunternehmen eine weitere Unterteilung der im Rahmenkontenplan festgelegten Konten vorzunehmen. Bei einer weiteren Unterteilung ist von dem Grundsatz der größtmöglichen Einsparung von Konten und Ver-ringerung von Einzelbuchungen auszugehen. Der Kon-tenrahmen kann als Kontenplan benutzt werden.

#### Ш.

Ergänzungen und Erweiterungen des Kontenrahmens, die sich im Laufe des Planjahres 1957 ergeben, werden in den Verfügungen und Mitteilungen veröffentlicht.

gez. Hüttenrauch Staatssekretär

#### Verfügung Nr. 35: Fi 2/57 Erläuterungen zum Finanzbericht Außenhandel - FBA - 1957 9. 2. 57/0330/App. 388

#### A. Allgemeines

- 1. Die gesetzliche Grundlage für die monatiiche Berichterstattung über die Planerfüllung im Finanzbericht (FBA) ist durch die im GBl. II/38/56 veröffentlichte Anordnung über die Finanz- und Valutaberichterstattung der Außenhandelsunternehmen, des VEB Leipziger Messeamt, des VEB Deutrans und Deutfracht vom 27. August 1956 gegeben. Termine und Verteiler sind im § 2 dieser Anordnung festgelegt.
- 2. Sämtliche Werte sind in Tausend DM (ohne Kommastelle) anzugeben.
- 3. a) In den Spalten "Jahresplan" ist das geplante Soll für das Planjahr 1957 lt. Betriebsplan, in den Spalten "Soll" sind kumulative Werte, d. h. vom 1.1. 1957 bis zum Ende des Berichtszeit-raumes, einzutragen.
  - b) In den Spalten "Ist" sind kumulative Werte einzutragen.
  - e) Die Spalten 5 und 10 der Abschnitte II-IV zei-gen die Erfüllung in % zum Soll des Berichts-zeitraumes, während die Spalten 6 und 11 die Erfüllung in % zum Jahresplan ausweisen.
- 4. Die Angaben im Finanzbericht sind grundsätzlich aus dem Buchwerk zu entwickeln. Es ist unzuläs-sig, ohne ansdrückliche Anweisung bzw. Zustim-

- mung des MAI Veränderungen von Bezeichnungen, Spalten usw. vorzunehmen oder zusätzliche Angaben aufzunehmen.
- 5. Der Hauptbuchhalter bestätigt auf der Rückseite des FBA die Übereinstimmung der "Ist"-Werte mit den Aufzeichnungen des Rechnungswesens. Der Planungsleiter ist für die Richtigkeit der Planzahlen It. Betriebsplan verantwortlich und bestä-tigt durch seine Unterschrift die Übereinstimmung der im FBA ausgewiesenen Planzahlen mit dem Betriebsplan.

#### B. Erläuterung der Abschnitte I--VIII

I. Erfüllungsstand der Umsätze nach SL, KA, IdH Im Abschnitt I wird der Erfüllungsstand der Umsätze zum Jahresplan, unterteilt nach den Wirtschaftsgebieten, ausgewiesen.

Die Angaben auf der Aufwandsseite in den Spaiten "Export-Betriebspreis" und "Import-Valutagegenwert", Zeile "Gesamt" müssen sich mit den im Abschnitt II, Aufwand, Zeilen 8 und 12 angegebenen Summen decken.

Die Spalten "Export-Valutagegenwert" und "Im-port-DIA-Abgabepreis" auf der Ertragsseite müssen mit den Angaben im Abschnitt II, Er-trag, Zeilen 8 und 12 übereinstimmen.

Bei der Ausfüllung der Spalte 9 ist darauf zu achten, daß die Beträge ohne Warennebenkosten – Ausfand ausgewiesen werden (siehe auch Erläuterungen zu Abschnitt II).

#### II. Abrechnung der Umsätze

Die Angaben im Abschnitt II entsprechen in ihrer Gliederung den im Rahmen-Kontenplan für 1957 für die Umsatzabrechnung festgelegten Konten in den Gruppen

- 61 Aufwand des Außenhandelsumsatzes
- 62 Erlös des Außenhandelsumsatzes
- 63 Abrechnung der Exportware beim Verkauf im Inland.

Kompensationsgeschäfte sind entsprechend ihrem Auftreten in den Zeilen 1, 2 bzw. 9 auszuweisen. Die Beträge für Zeile 2 "Eigengeschäfte der Lieferbetriebe" sind der statistisch geführten Warenrechnung für Eigengeschäfte der Lieferbetriebe zu entnehmen.

Die Werte in Spalte 9, Zeilen 1-5 sind einschl. Warennebenkosten – Ausland anzugeben und aus den Salden der für die einzelnen Geschäftsarten vorgesehenen Umsatzkonten zu entwickeln.

Um eine Vergleichbarkeit des Valutagegenwertes mit dem Plan und dem DM-Aufwand (Betriebspreis) herzustellen, sind die Warennebenkosten – Ausland in Zeile 7, Spalte 9 einzusetzen und von der Summe Export (Zeile 6) abzuziehen. Die Werte für die Warennebenkosten – Ausland sind der Warenrechnung zu entnehmen.

Die Ist-Beträge der Zeilen 9-11 sind den entsprechenden Umsatzkonten der Konten-Gruppen 61 und 62 zu entnehmen.

Zeile 14 nimmt die Aufwände und Erlöse der Konten-Untergruppe 630 bzw. 631 auf. Es ist zu beachten, daß der Ausweis im Aufwand (Spalte 4) einschließlich direkter Geschäftskosten und Produktionsabgabe erfolgt. Im Erlös, Spalte 9, wird der Industrieabgabepreis ausgewiesen.

Zeile 15 ist für Sonderabrechnungen (Kontengruppe 67) vorgesehen.

#### III. Abrechnung der Preisausgleiche

In den Spalten 2-6 und 7-11 erfolgt eine Trennung nach Ex- und Import. Die Preisausgleiche sind innerhalb des Exportes und Importes saldiert (d. h. bei Export Saldo der negativen und positiven PA und bei Import Saldo der positiven und negativen PA) auszuweisen.

In der Zeile 17, Spalten 4 und 9 sind die Soll-Preisausgleiche des Ist-Umsatzes (it. Warenrechnung) sowie die anfallenden Ist-PA für aktive bzw. passive Montageleistungen einzusetzen. Die Ist-PA für aktive bzw. passive Montageleistungen ergeben sich aus dem Saldo der Zeilen 4 und 11, Spalten 4 und 9 im Abschnitt II und sind gleichzeitig als Davonzahl von Zeile 21 in Zeile 21 d anzugeben.

Die Zeile 18 nimmt den reinen Preisausgleich einschl. der PA für Montageleistungen auf. Eine Abstimmungsmöglichkeit besteht in der Saldierung der Aufwände und Erlöse der Zeilen 8 und 12 im Abschnitt II.

In der Zeile 19 werden die im PA enthaltenen direkten Geschäftskosten abgerechnet, die sich aus der Zusammenfassung der Kosten-Positionen in der Warenrechnung ( ohne Warennebenkosten – Ausland) ergeben. An dieser Stelle wird darauf hingewiesen, daß außer den in der Plankalsulation (Plan Ware – Land) genannten Kostenarten keine weiteren Kosten aufgenommen werden dürfen.

Die Summe der in den Zeilen 21 a-d aufgegliederten Ist-Preisausgleiche muß mit der Zeile 21 übereinstimmen. Demnach sind die Ist-PA für Montageleistungen nicht auf die Wirtschaftsgebiete aufzugliedern.

Aus der Gegenüberstellung der Zeilen 17 (Soll-PA lt. Ist-Umsatz zuzügl. Ist-PA für Montageleistungen) und 21 (Summe der Ist-PA) ergibt sich die in Zeile 22 auszuweisende Einsparung (÷) bzw. der Mehrverbrauch (.'.).

Zeile 23, Spalte 9 nimmt das Ergebnis (Gewinn + Verlust ...) der Verkäufe im Inland auf, das sich aus dem Saldo der Spalten 4 und 9 in Zeile 14, Abschnitt II, ergibt.

Im schraffierten Teil der Zeile 24, Spalte 9 wird die Einsparung (+) bzw. der Mehrverbrauch (.'.) ausgewiesen, der sich aus der Zusammenfassung der Spalten 4 und 9 der Zeilen 22, 23 errechnet.

#### IV. Abrechnung der Regiekesten

Die Abrechnung der Regiekosten erfolgt in ihrer Gliederung nach den Gruppen A und B. Zuordnung der Kostenarten in die Gruppen A und B it. Kontenrahmen:

#### Gruppe A

- 320 Büro- und Zeichenmaterial
- 331 Nachrichtenbeförderungskosten
- 332 Finanznebenkosten
- 3340 Reisekosten innerhalb der DDR
- 340 mur Lohnfonds A.

#### Gruppe B

- 310 Abschreibungen und Mieten
- 311 Mieten für Räume zur Lagerung von Überplanbeständen
- 321 Geringwertige und schnell verschleißende Arbeitsmittel
- 329 Sonstiger Verbrauch an Hilfsmaterial
- 330 Reparaturen und Instandhaltungen
- 333 Werbekosten
- 3341 Reisekosten außerhalb der DDR
- 339 Sonstige Hilfsleistungen
- 340 Lohnfonds B einschl. Lehrlinge, Assistenten
- 349 Sonstige Personalkosten
- 390 Arbeitsschutz
- 391 Tilgung von Investitionskrediten
- 399 Sonstige Kostenarten.

Die Summierung der Kosten erfolgt in Zeile 27, Spalten 2-6, in der Spalte 9 - schraffierter Teil - wird der Ausweis der Einsparung (+) bzw. Mehrverbrauch (/.) vorgenommen.

#### V. Abrechnung des übrigen Ergebnisses und der Planabweichungen

In den Zeilen 28-36 erfolgt eine Abrechnung der Aufwände und Erträge aus Termin- und Vertragsverletzungen sowie Strafen. Die Gliederung entspricht den im Kontenrahmen festgelegten Konten der Gruppen 70 bzw. 75.

Die Zeile 37 nimmt die übrigen Kosten und Erlöse der Konten-Gruppen 71 bzw. 76, die Zeile 39 den Saldo des Kontos 690 – Planabweichungen

Die sich auf dem Konto 288 ergebenden Differenzen aus kalkulierten und effektiven Kosten sind menasikch auf das Konto 690 — Planabweichungen — umzubuchen (soweit die Gegenbuchung zu den kalkulierten Kosten durch die Einbuchung des Rechnungsbetrages in effektiver Höhe bereits

erfolgt ist). Der Saldo Kontos 288 ist grundsätzlich zu den Kontroliperichtsterminen in voller Höhe umzubuchen. Im schraftierten Teil in Spalte 9, Zeile 41 ist der Gewinn (+) bzw. Ver-lust (A) aus dem gesamten Abschnitt V einzu-

Das Betriebsergebnis, Zeile 42, Spalte 9, ergibt sich aus der Zusammenfassung der schraffierten Felder der Zeilen 24, 27 und 41 der Spalte 9.

#### VI. Kontrolle und Verwendung des Lohnfon

Die Aufteilung der Beschäftigten auf die Lohnfonds A, B und C erfolgt entsprechend der zur Abrechnung des Arbeitskräfteplanes festgelegten Nomenklatur. Aus dem Formblatt 0556 (Arbeitskräfte, Lohn) ergeben sich die planmäßigen Lohnfonds wie folgt:

Unter lfd. Nr. 1.0, Zeile 1: Verkaufspersonal einschließl. Lager und Transportpersonal

= Lohnfonds A.

Unter ifd. Nr. 1.0, Zeile 2: Stellenplanpflichtiges Handelspersonal,

Zeile 3: Verwaltungspersonal,

lfd. Nr. 2.0, Zeile 1: Lehrlinge

Lohnfonds B.

Unter 1fd. Nr. 2.0, Zeile 2: Übriges sonstiges Personal Lohnfonds C

Die DM-Ist-Werte sind der Lohnrechnung zu ent-

Als Anzahl des Beschäftigten-Ist (Spalte 6) ist die Ist-Zahl der Beschäftigten am Ende des Berichtszeitraumes anzugeben.

In den Zeilen 2 und 4 sind im schraffierten Teil die Anzahl der Beschäftigten bzw. Lohnsummen für Überstunden und Lehrlinge auszuweisen. Diese Werte sind in die Gesamtaddition nicht mit

Die Planung und Abrechnung der Krankengeld-zuschüsse erfolgt nicht im Lohnfonds, sondern unter Konto 349 – Sonstige Personalkosten.

unter Konto 349 — Sonstige Personalkosten.

Die Anzahl der Assistenten und Praktikanten und deren Löhne sind ebenfalls nicht in die Arbeitskräfteplanung einbezogen. In Zeile 6, Spalten 6 und 7 sind die Anzahl der Assistenten und Praktikanten sowie die gezahlten Löhne in effektiver Höhe einzutragen. Die Zuführung der hierfür benötigten Mittel erfolgt monatlich nach den in der AO über die Bearbeitung der Arbeitskräftepläne im Jahre 1957, § 7, Abs. 2 (GBI. 1176) 56, S. 442) festgelegten Grundsätzen. Als Zuführung für Regiekosten (Konto 681) sind in diesem Falle nur die effektiv verbrauchten Mittel für Assistenten und Praktikanten zu buchen. Nichtverbrauchte oder mehrverbrauchte Mittel sind als Verbindlichkeiten bzw. Forderungen an den Staatshaushalt auszuweisen. Die Buchung den Staatshaushalt auszuweisen. Die Buchung der gezahlten Löhne für Assistenten und Praktikanten erfolgt auf dem Konto 340 – Lohnkosten; sie sind als Grundlage für die Berechnung des Direktorfonds mit einzubeziehen.

Eine Abstimmungsmöglichkeit mit den auf dem Konto 340 ausgewiesenen Lohnkosten besteht nach Abzug des Lohnfonds C (sich selbst finanzierende Einheiten) von der Ist-Lohnsumme Gesamt (Zeile 8, Spalte 7).

#### VII. Konventionalstrafen außerhalb der DDR

In diesem Abschnitt sind die angefallenen Konventionalstrafen außerhalb der DDR, unterteilt nach Ländern, aufwands- und ertragsseitig, in TDM (Valutagegenwert) und TRbl. anzugeben. Eine Aufgliederung hat nur unter Berücksichtigung der größten Posten zu erfolgen.

#### VIII. Abrechnung des Kassenpi

#### A. Preisausgleiche

Wie bereits im Abschnitt III, Abs. 1 erläutert, erfolgt die Abrechnung der PA saldiert inner-halb des Exportes und Importes.

In der Spalte 2 (Jahreskassenplan) sind die Planzahlen aus der Bilanz der Einnahmen und Ausgaben des Betriebsplanes einzusetzen (aus Position Einnahmen C, a und Ausgaben C, a und C, b)

Spalte 4: In den Zeilen 18 und 22 sind die Soll-PA des Ist-Umsatzes (It. Warenrechnung) einschl. der angefallenen 1st-PA für aktive und passive Montageleistungen einzusetzen.

In den Zeilen 20 und 24 sind die PA aus Überhängen des Vorjahres einzusetzen, die bereits in der Bilanz per 31. 12. als Forderun-gen bzw. Verbindlichkeiten ausgewiesen wurden.

Die Zeilen 21 und 25 nehmen die PA aus periodenfremden Umsätzen auf. Zeile 21 ergibt sich unter Aufrechnung der Salden der Konten 7652 – Zuführung der negativen PA It. Satz – Export – und 7152 – Abführung der positiven PA It. Satz – Export –, Zeile 25 unter Aufrechnung der Salden der Konten 7162 – Abführung der positiven PA It. Satz – Import – und 7662 – Zuführung der negativen PA It. Satz – Import –.

In Zeile 23 sind die Produktions- und Verbrauchsabgaben in ihrem effektiven Aufkommen (Konto 641) auszuweisen.

Spalte 5: Hier werden die bankmäßig zubzw. abgeführten Beträge eingetragen. Spalten 6 und 7 ergeben sich aus der Gegen-überstellung der Spalten 4 und 5.

#### B. Sonstige Zu- und Abführungen

In der **Spalte 2** (Jahreskassenplan) sind die Planzahlen aus der Bilanz der Einnahmen und Ausgaben des Betriebsplanes, unterer Teil, Spalte "effektiv" einzusetzen.

Spalte 3 nimmt die Planzahlen für den Berichtszeitraum It. Plan der indirekten Kosten und Handelsspannen (AH 3) auf.

Analte 4. Zeile 27 - Regiekosten der Vorderseite, Abschnitt IV, Zeile 27, Spalte 4 übereinstimmen.

Die Zeilen 27-33, 35 und 38 weisen die Salden folgender Konten aus:

Zeile 27: Konto 680 - Regiekosten (einschl. Assistenten und Praktikanten)

Zeile 28: Konto 6600 - Exportzinsen

6602 - Zinsen für plan-mäßige Lagerware 6604 - Zinsen für Sonderkredite Export

Zeile 29: Konto 6601 - Importzinsen

Zeile 30: Konto 6603 - Zinsen für langfristige Einzelfertigung

Zeile 31: Konto 6500 -Frachtkosten halb der DDR Export

Zeile 32: Konto 6501 - Frachtkosten halb der DDR -Import

Kosten für Handels-spanne bei Eigenge-schäften der Liefer-Zeile 33: Konto 662 -betriebe

Zeile 35: Nimmt & aufgetretene Verluste (Mehrverbrauch) des Vorjahres auf (It. Konto 936 – Verlustausgleich – des Vorjahres oder 2603 – Forderungen aus außerplanmäßigen Stützungen -)

Zeile 38: Konto 310 - nur Abschreibungen und

Konto 719 – nur Abschreibungen für vermietete und verpachtete Grundmittel

> oder Zuwachsrate im Laufe des Planjahres auf den Konten 0390, 0391, 0790, 0793

Zeile 39: Betriebsergebnis – muß mit der Vorderseite, Abschnitt V, Zeile 42, Spalte 9 übereinstimmen (bei Einsparung +, Mehrverbrauch ,/.).

In **Spalte 5** sind die bankmäßig zu- bzw. abgeführten Beträge einschl. der Überhänge aus dem Vorjahr einzusetzen.

Die Zeilen 27-34 nehmen die Haben-Verkehrszahlen (effektive bankmäßige Zuführungen) folgender Konten auf:

Zeile 27: Konto 2875 (bzw. Saldo Konto 681)

– Zuführung Regiekosten (einschl.
Assistenten und Praktikanten)

Zeilen 28/29 und 30: Konto 2874 (bzw. Saldo Konto 661) — Zuführung von Zinsen

Zeile 31/32: Konto 2872 (bzw. Saldo Konto 651) – Zuführung der Frachten innerhalb der DDR

Zeile 33: Konto 2873 (bzw. Saldo Konto 663) — Zuführung der Handelsspanne für Eigengeschäfte der Licferbetriebe

Zeile 34: Konto 2876 (bzw. Saldo Konto 981)

— Planmäßige Zugänge zum Direktorfonds

Die Zeilen 26, 35-39 gender Konten aus:

n die Salden fol-

Zeile 26: Konten-Gruppe 91 - nur Zugänge vom Staatshaushalt

Zeile 35: Nachdem der Ministerrat die Verlustausgleiche des Vorjahres bestätigt hat, erfolgt die Zuführung der Mittel. Bei Ausgleich des Kontos 2603 – Forderungen aus außerplanmäßigen Stützungen – wird der zugeführte Betrag hier eingetragen.

Zeile 36: Konto 964 — Darlehen aus Sonderfonds des MAI (z. B. Verluststützungen im Laufe des Planjahres)

Zeile 37: Konten-Gruppe 91 - mur Abgänge an den Staatshaushalt

Zeile 38: Zahlungen zum Ausgleich des Kontos 9604 — Verbindlichkeiten aus Abschreibungen (Abführungen an MAI zur Umverteilung) sowie die Zuführungen aus dem eigenen Amortisationsaufkommen für die Konten

975 - Fonds für Investitionen

976 - Fonds für Generalreparaturen - Hauptanlagen

977 - Fonds für Generalreparaturen - Nebenanlagen

Zeile 39: Konto 931 - Abführung von Nettoeinsparungen

Hier werden die im Laufe des Planjahres an das MAI effektiv abgeführten Einsparungen (Betriebsergebnis +) ausgewiesen.

Abführung: 90 % der Einsparung bis zum 15. des dem Berichtszeitraum folgenden Monats auf das Konto 8380, DN Berlin.

In Spalte 6 werden die Zu- bzw. Abführungen der Überhänge aus dem Vorjahr als Darunterzahl von Spalte 5 ausgewiesen.

gez. Gerstenberger Hauptbuchhalter

#### Verfügung Nr. 36: Werbung der Außenhandelsunternehmen in Indien

19. 2. 57/Hei./App. 242

Gemäß Beschluß des Kollegiums des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel wird zur Verbesserung der Werbung der Außenhandelsunternehmen auf dem indischen Markt und zur Erhöhung ihrer handelspolitischen Wirksamkeit folgendes angewiesen:

Die Werbung in Indien ist auf der Grundlage von Werbeplänen durchzuführen, die von den Werbeabteilungen der Außenhandelsunternehmen mit Unterstützung der Kammer für Außenhandel auszuarbeiten sind.

Der Entwurf des Werbeplanes jedes Außenhandelsunternehmens muß der Handelsvertretung der DDR in Indien zur Stellungnahme übermittelt

Die einzelnen Fachvertreter der Außenhandelsunternehmen in der Handelsvertretung erarbeiten an Hand des Werbeplans sowie unter Berücksichtigung der Empfehlungen und Hinweise der indischen Vertreter der Außenhandelsunternehmen ihre detaillierten Werbevorschläge mit Angaben über die zu werbenden speziellen Waren, über das entsprechende Insertionsorgan und die Einschaltungstermine.

- Nach diesen Vorschlägen erarbeitet die Werbeabteilung des Außenhandelsunternehmens den endgültigen Insertionsplan, der von der Leitung des Außenhandelsunternehmens zu beatätigen ist.
- 3. Der bestätigte Insertionsplan wird der Handelsvertretung und der Kammer für Außenhandel übergeben. Sofern durch den Vertreter des Außenhandelsunternehmens in der Handelsvertretung noch unvorhergeschene Abänderungsvorschläge gemacht werden, sind diese dem Vertreter der Kammer für Außenhandel in der Handelsvertretung der DDR in Indien zu übergeben; ein Durchschlag der Änderungsvorschläge ist der Werbeabtellung des Außenhandelsunternehmens zuzuleiten.
- Auf der Grundlage des bestätigten Insertionsplanes erteilt die Werbeabteilung des Außenhandelsunternehmens unter gleichzeitiger Übermittlung der erforderlichen Druckunterlagen die einzelnen Werbeaufträge an die DEWAG-WERBUNG.
- Die Aufträge werden von der DEWAG-WERBUNG an den Beauftragten der Kammer für Außenhandel in der Handelsvertretung weitergeleitet. Dieser hat die Aufgabe, gemeinsam mit den Fachvertre-

25

- tern der Außenhandelsunternehmen die handelspolitische Begutachtung der Werbeaufträge in bezug auf Text und Bild vorzunehmen. Danach erfolgt durch den Kammervertreter die Auftragsweitergabe an die indische Partnerfirma von DEWAG-WERBUNG.
- 6. Änderungen, die sich nach bereits erfolgter Auftragserteilung durch DEWAG-WERBUNG hinsichtlich Größe, Anzahl und Insertionsorgan ergeben, sind durch den Vertreter der Kammer für Außenhandel dem Außenhandelsunternehmen und der DEWAG-WERBUNG mitzuteilen.
- Korrekturabzüge sind von der indischen Partnerfirma dem Vertreter der Kammer für Außenhandel in der Handelsvertretung zu übergeben. Dieser erteilt im Auftrag der DEWAG-WERBUNG die Druckfreigabe.
- Die Auftragsabrechnung ertogt unter Beifügung des entsprechenden Belegexemplares, wie bisher, zwischen der indischen Partnerfirma und DEWAG-WERBUNG.
- 9. Die Fachvertreter der Außenhandelsunternehmen und der Vertreter der Kämmer für Außenhandel in der Handelsvertretung in Indien sind verpflichtet, im Rahmen ihrer Quartalsberichte die Wirksamkeit und die praktische Durchführung der Werbung einzuschätzen und die Werbeabteilungen der Außenhandelsunternehmen bei der ständigen Verbesserung der Werbung auf dem indischen Markt zu unterstützen.

gez. Hüttenrauch Staatssekretär

#### Verfügung Nr. 37: Versand von Kleinstmengen und Ersatzteilen im innerdeutschen Handel auf Grund von Globalgenehmigungen\*)

9. 2, 57/620/App. 587

Zur weiteren Vereinfachung des Geschäftsablaufs wird die Wertgrenze der im Rahmen von Globalgenehmigungen abzuwickelnden Einzelgeschäfte von VE 2000, auf den Höchstwert von VE 5000,— heraufgesetzt.

Die in der Dienstanweisung Nr. 037/54 vom 2. 9. 54 unter Punkt I, Geltungsbereich, Ziffer 4) festgelegte

Wertgrenze von VE 2000,— für die im Rahmen von Globalgenehmigungen abzuwickelnden Einzelgeschäfte wird hiermit aufgehoben.

\*) siehe auch Vfg. Nr. 23 (VM - Blatt 6/56)

gez. Weiß Stellvertreter des Ministers

#### II. Mitteilungen

#### Allgemeines: Maßnahmen, die das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel zur Verminderung der Reklamationen im Außenhandel getroffen hat und den beteiligten Ministerien empfiehlt

Das Kollegium des MAI befaßte sich auf seiner 43. Sitzung am 25. 1. 1957 mit der Analyse der Reklamationen aus dem Jahre 1956. Um die aus den Reklamationen und ihrer Bearbeitung zutage getretenen Mängel zu beseitigen, werden folgende Maßnahmen angeordnet:

- I. Maßnahmen, die von selten des MAI den Produktionsministerien zur Durchsetzung empfehlen
  - 1. Es ist notwendig, durch die HVen der Produktionsministerien die Anwendung der Verordnung vom 30. 9. 1954 (GBI. 93/54 S. 867 ff.) in den Produktionsbetrieben zu überprüfen und ihre Durchsetzung durch energische Maßnahmen endgültig zu gewährleisten. Dabei ist die Verordnung noch einmal sorgfältig zu studieren, um sich über den Umfang und die Tiefe ihres Wirkungsbereiches die Klarheit zu verschaffen, die zur Durchsetzung der Verordnung notwendig ist.

Bei der Durchführung dieses Vorhabens empfiehlt das MAI, die sich nach den Erfahrungen der Jahre 1955/56 nachteilig auswirkenden hier aufgeführten Punkte besonders zu berücksichtigen:

- a) Die fachlichen Kenntnisse, die Eignung und die Entlohnungsgrundlagen als notwendige Voraussetzung für die zur Zeit in den TKO zur Durchführung dieser Aufgabe eingesetzten Mitarbeiter.
- b) Die Art und den Umfang der Tätigkeit und die Bereiche, auf die sie sich zu erstrecken hat, nach §§ 14 bis 21 der Verordnung Gel-

tung zu verschaffen. Dabei ist der breite Sektor der Verpsckung und alle damit im Zusammenhang stehenden Fragen mehr als bisher einzubeziehen.

Die Zusammenarbeit mit dem neu gegründeten Institut für Verpackung ist zu fördern.

- c) Mit dem Institut für organisch-chemische Industrie in Leipzig sind die durchgeführten Versuche zur Qualitätsverbesserung wie z. B. die Herstellung von geruch- und geschmackfreiem Weißparaffin mit der Zichsetzung auszuwerten, die geforderten Qualitäten für den Export auf der Grundlage der durchgeführten Versuche noch im Jahre 1957 bereitzustellen.
- d) Die Ausstattung mit Meß- und Prüfgeräten in den Betrieben auf den für die Gütekontrolle notwendigen Mindeststand zu bringen und die Einrichtung solcher Laboratorien zu betreiben, in denen eine zuverlässige Gütekontrolle möglich ist. Die dafür notwendigen Mittel sind in den Investitionsplänen zu sichern. Die Ministerien für Aufbau und für Lebensmittelindustrie werden gebeten, die hier gegebenen Anregungen besonders zu berücksichtigen.
- e) Die Funktion des Gütekontrolleurs dient dem Ansehen und der Zuverlässigkeit der Wirtschaft der DDR.

Interne Rücksichtnahmen oder betriebsegoistische Interessen dürfen seine Entscheidungen nicht beeinflussen.

Die HVen der Promonsministerien mussen die strikte Durchsetzung des § 4 der Verordnung verbürgen.

- f) Das bisherige System der Prämienzahlung an die Mitarbeiter der TKO ist zu ändern. Grundlage für die Prämiierungen darf nicht mehr sein die Erfüllung des Produktionsplanes schlechthin, sondern die kostenmäßig nachweisbare Senkung der Reklamationen.
- Den Produktionsministerien wird empfohlen, bei der Ermittlung der Prämien für die Planerfüllung des Betriebes die Entwicklung der Reklamationsquote einzubeziehen.
- In der Vergangenheit wurden Reklamationen bekannt, deren Ursache auf mangelhafte Projektierungen und Konstruktionen zurückzuführen waren.

Deshalb müssen die zentral- und betriebsgebundenen Projektierungs- und Konstruktionsbüros mehr als bisher auf die Qualität ihrer Arbeit hin kontrolliert werden.

Die in Ziffer 2 aufgestellte Forderung ist auf Ziffer 3 sinngemäß anzuwenden.

- Dem VEB Inex wird empfohlen, die Kontrolle in den Herstellerbetrieben der DWA zu übertragen, und ihre eigene Gütekontrolle auf die Baustellen zu konzentrieren.
- 5. Um die Zahl der Mängelrügen zu verringern, und die infolge von Reklamationen eintretenden Ertragsminderungen einzuschränken, ist es besonders in den Gebieten der Leichtindustrie dringend notwendig, die Richtsatztage für Rohstoffe und Halbfabrikate (Hölzer, Papiere, Farbstoffe usw.) in den Produktionsbetrieben zu verlängern, um mit abgelagerten und gut vorbereiteten Materialien eine ständig gleichbleibende Qualität produzieren zu können.
- Es ist erforderlich, die Rahmendirektive zum Aufbau der Kundendienstorganisation und des Technischen Dienstes für den Außenhandel der DDR schnellstens zu verwirklichen.

Dazu ist es notwendig, daß zwischen den Produktionsministerien und dem MAI die Schwerpunktländer festgelegt werden, in denen der Kundendienst seine Arbeit organisiert aufzunehmen hat.

#### II. Maßnahmen, die der Pörderung der Zusammenarbeit der Produktionsministerien mit dem MAI

 Um die Reklamationen erfolgreich auswerten und die sich daraus ergebenden Maßnahmen ableiten zu können, ist die Zusammenarbeit zwischen den Produktionsministerien und dem MAI nach dieser Richtung hin zu vertiefen.

Die Reklamationen der Endabnehmer sind durch die Gütekontrollen der HVen der Produktionsministerien zu erfassen und monatlich zu analysieren.

Auch die im Handelsapparat des MAI anfallenden Reklamationen werden monatlich analysiert

Beide Analysen werden ausgetauscht und sind Gegenstand periodischer Aussprachen zwischen den Abteilungen Gütekontrolle der HVen der Produktionsministerien und den Gütekontrollen der Bereiche des MAI und bilden die Grundlage für die sich daraus ergebenden beiderseitigen notwendigen Maßnahmen.

2. Den Finanzkontrollen der Produktionsministerien wird dringend empfohlen, in jeder Be-

triebsbuchhaltung die M. keit zu schaffen, alle durch Reklamationen sinstandenen Kosten und Verluste so zu erfassen, daß eine Analyse durch die Finanzberichte möglich ist.

Die für jedes Produktionsministerium (unterteilt nach HVen) erarbeitete Analyse ist mit der im entsprechenden Bereich des MAI (siehe III Ziffer 3) vom Ministerium der Finanzen zu einem Gesamtkosten- und Verlustnachweis zusammenzustellen, um so den durch Reklamationen entstandenen volkswirtschaftlichen Gesamtverlust zu offenbaren.

#### Maßnahmen, die vom MAI zur Einschränkung und besseren Bearbeitung der Reklamationen durchzusetzen gind.

 Die Handelsvertretungen werden angewiesen, bei den Kunden mehr darauf einzuwirken, daß die unter Ziffer 9 der Allgemeinen Lieferbedingungen festgelegten Vereinbarungen bezüglich Reklamationen, dabei insbesondere der Abschnitt c bei Beanstandungen zur besseren Abwicklung der Reklamationen unbedingt einzuhalten sind.

In den Allgemeinen Lieferbedingungen des Außenhandels ist Ziffer 9 Absatz c zu erweitern und wie folgt zu formulieren:

"Jede Reklamation muß genau begründet und durch beizufügende oder nachzusendende beweiskräftige Dokumente und auf Verlangen des Verkäufers durch eingesandte Muster, Photographien und/oder Sachverständigen-Gutachten nachgewiesen werden. Diese Unterlagen sind in zweifacher Ausfertigung dem Lieferbetrieb direkt zuzustellen.

Der Käufer hat eine durch Art und Umfang der Reklamation begründete spezifizierte Forderung zu stellen."

 Zur Erfassung der Kosten (Verluste), die dem Außenhandel der DDR durch Reklamationen entstehen, werden die Hauptbuchhalter der AHU angewiesen, nachstehende Konten neu einzurichten bzw. bereits bestehende Konten zu verwenden.

#### 6283 — Gewährte Preisnachlässe

Auf diesem Konto werden die auf Grund von Mängelrügen der ausländischen Kontrahenten vom Außenhandel gewährten Preisnachlässe gebucht (Valutagegenwert).

#### 6193 — Weiterberechnete Preisnachlässe

Dieses Konto zeigt die Beträge, die auf Grund von gewährten Preisnachlässen durch die AHU an die schuldigen Produktionsbetriebe weiterberechnet wurden.

Bereits in den Erläuterungen zum Kontenrahmen für das Jahr 1957 wurde festgelegt, daß Preisnachlässe grundsätzlich als Umsatzminderung zu buchen sind, und somit (it. Rechnungswesen) auch nicht auf die Planerfüllung des laufenden Planjahres angerechnet werden können.

Periodenfremde, d.h. Preisnachlässe, die das Vorjahr betreffen, werden auf den dafür vorgesehenen Konten

- 7153 Preisnachlässe auf Grund von Mängelrügen und Mertragsverletzungen
- 7653 Erlös aus weiterberechneten Preisnachlässen

ausgewiesen

#### 6164 - Ersatzlieferung

Soweit auf Grund einer Mängelrüge kein Preissoweit auf ording the mangeling retained and a sten des AHU erfolgt, werden die entstehenden Aufwände für Ersatzlieferungen auf diesem Konto gebucht. Hierbei entstehende direkte Geschäftskosten, Frachtkosten, Monteurkosten usw. werden ebenfalls hier erfaßt.

Ersatzlieferungen, die nicht vom Außenhandel zu vertreten sind und von der Versicherung ge-tragen oder dem Produktionsbetrieb weiterberechnet werden, sind über das Konto

#### 2000 - In Abrechnung befindliche Ersatzlieferungen

abzurechnen. In diesem Falle werden auch die entstehenden Monteur-, Frachtkosten usw. hier zum Zwecke der Weiterberechnung erfaßt.

Die im Zusammenhang mit Reklamationen zu Lasten des AHU anfallenden Reisekosten innerhalb und außerhalb der DDR werden getrennt von den übrigen Reisekosten auf folgenden Konten gebucht:

- 3442 Bei Reklamationen anfallende Reisekosten innerhalb der DDR
- 3443 Bei Reklamationen anfallende Reisekosten außerhalb der DDR.

Die aus Vertragsverletzungen zu Lasten des AHU anfallenden Konventionalstrafen wurden auf den bereits bestehenden Konten

- 7010 Konventionalstrafen innerhalb der DDR 7011 - Konventionalstrafen außerhalb der DDR und die Erlöse aus vom Außenhandelsunter-nehmen berechneten Konventionalstrafen auf den Konten
- 7510 Konventionalstrafen innerhalb der DDR 7511 - Konventionalstrafen außerhalb der DDR erfaßt.

Formulartechnisch ist vorgesehen, daß eine Ermittlung bzw. Zusammenfassung der dem Außenhandel durch Reklamationen entstandenen Kosten jeweils zu den Kontrollberichtsterminen (30. Juni und 31. Dezember) möglich ist. Die für die Erfassung der Reklamationen vorgesehenen Konten sind von den AHU zu den beten gesennten Konten sind von den AHU zu den oben genannten Kontrollberichtsterminen einer eingehenden Analyse zu unterziehen, damit auf Grund dieser Feststellungen weitere Maßnahmen zur Verringerung der Reklamationen ergriffen werden können.

Die Untersuchungen der AHU werden in inrer Zusammenfassung ebenfalls in der Gesa analyse des MAI ihren Niederschlag finden.

- 3. Die DWA wird beauftragt:
  - a) zu prüfen, welche Voraussetzungen notwendig werden, um gegebenenfalls Kontroll-aufträge für die Sowjetunion überneh-men zu können, und einen entsprechenden Dispositionsplan zu erarbeiten;

- b) die hierfür erforderlik Unterlagen hin-sichtlich der Warenan, efertermine und Lieferwerke sowie das Warenvolumen sind der DWA durch das MAI zur Verfügung zu stellen:
- c) das Ergebnis dieser Ermittlung ist dem Kollegium vorzulegen.
- 4. Der HV für Anlagenexport werden folgende

Aufgaben gestellt: Dem Technischen Dienst des Invest-Export sind Dem Technischen Dienst des Invest-Export sind lediglich die Reklamationen durch den Kunden bekannt. Er hat keine Kenntnis von den Beanstandungen, die vor Übergabe von kompletten Anlagen an den Kunden z. B. in der Projektierung, Konstruktion auf Baustellen usw. auftreten und kann demzufolge nicht auf die Produktion einwirken. Diesem Zustand ist zu begrenen indem ein perjodiger Erfahrungsausduktion einwirken. Diesem Zustand ist de-gegnen, indem ein periodischer Erfahrungsaus-tausch mit den Gütekontrollen des VEB Inex und des EKE zur Festlegung gemeinsamer Maß-nahmen und zur Verbesserung der Produktionsqualität herbeigeführt wird.

- 5. Die Abteilungen Gütekontrolle der Bereiche des MAI werden beauftragt:
  - a) in Zusammenarbeit mit dem DAMW bzw. DAMG die eingegangenen Reklamationen unter Berücksichtigung der Gütezeichen, so-weit solche für die reklamierten Erzeugnisse erteilt wurden, zu überprüfen;
  - eine ständige Verbindung mit dem DAMW bzw. DAMG zu organisieren, um die ge-nannten Prüfdienststellen in die Lage zu versetzen, bei typischen Reklamationen be-reits erteilte Gütezeichen entziehen zu kön-nen, des weiteren die Verbindung mit der DSRK und der DWA zu vertiefen.
- 6. Die Mindest-Klassifikation für Exporterzeugnisse ist das Gütezeichen I.

nisse ist das Gutezeichen I. Exportabschlüsse über Erzeugnisse mit dem Gütezeichen II, mit leerem Dreieck oder über solche ohne jedes Gütezeichen, sind der zuständigen HV des MAI vom AHU zur Kenntnis zu pringen. Bei Waren, die nicht prüfungspflichtig sind, richtet sich die Qualität dieser Waren nach den Vertragsbestimmungen.

Als Maßstab für die Warengüte dienen dem Kunden beim Vertragsabschluß überlassene Muster.

- Den Generaldirektoren wird empfohlen, in allen vertretbaren Fällen Montageverträge abzu-schließen bzw. die Inbetriebnahme der Liefer-objekte durch Mitarbeiter des Lieferbetriebes rechtzeitig vertraglich zu vereinbaren.
- Die Abteilungen Gütekontrolle des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel werden beauftragt, die Durchführung der be-schlossenen Maßnahmen zu kontrollieren und dem Kollegium darüber Bericht zu erstatten. Berlin, den 21. 2. 1957

gez. Hüttenrauch

Staatssekretär und 1. Stellvertreter des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel

# Allgemeines: Lenkung der bautechnischen Projektierung für Auslands-

21, 2, 1957 Zi./App. 368

Auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Aufbau und dem Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel sind Aufträge über Hauprojektierungen für Exportaufträge grundsätzlich über das Ministerium für Hufbau, HV Städtebau und Entwurf, Gruppe Exportprojektierung, den einzelnen Entwurfsbüros zuzuleiten.

Die einzelnen Generalprojektanten sind entsprechend zu verständigen.

\*) siehe auch Mitteilung vom 4. 5. 1956 (VM-Blatt 2/56)

gez. i. V. Leucht Hauptverwaltungsleiter

# Arbeit: Wettbewerb dingungen für die Betriebe im Bereich d linisteriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel zum Massenwettbewerb um die Wanderfahnen im Jahre 1957

Mit der Erfüllung der dem Außenhandel gestellten Planaufgaben leisten die Mitarbeiter der Außenhandelsunternehmen einen entscheidenden Beitrag bei der wetteren Entwicklung des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik.

Die Hauptmethode zur Erfüllung der Pläne des Außenhandels und zur Verbesserung der Arbeit ist der Wettbewerb.

Die Außenhandelsunternehmen führen den Wettbewerb

- a) Wanderfahne des Ministerrates,
- b) Wanderfahne des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel.

#### Wetthewerbagruppen

Entsprechend ihrer speziellen Eigenart kämpfen die Außenhandelsunternehmen in nachstehenden Wettbewerbagruppen um je eine Wanderfahne des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutsechen Handel. Das beste Außenhandelsunternehmen aller Wettbewerbagruppen erhält die Wanderfahne des Ministerrates.

#### Gruppe I:

Maschinen-Export
Chemieausrüstungen
WMW-Export
Invest-Export
Elektrotechnik
Feinmechanik-Optik GmbH
Transportmaschinen

Polygraph-Export

#### Gruppe II:

Chemie

Bergbau-Handel GmbH

Textil

Mineralöl-Import und -Export GmbH

Glas-Keramik Kulturwaren Wiratex GmbH Holz und Papier

Deutscher Buch-Export und -Import GmbH

#### Gruppe III:

Deutsche Stahl- und Metall-Handels-GmbH

Nahrung

Genußmittel GmbH

#### Gruppe IV:

VEB Deutrans - Internationale Spedition
VEB Deutfracht - Deutsches Kontor für
Seefrachten

#### 11.

#### Wettbewerbeziele für die Gruppen I und II

- i. Erfüllung des Valutaplanes im Quartal unter Berücksichtigung der vom Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel gegebenen Schwerpunkte in den einzelnen Währungsgebieten.
- Erfüllung des Warenbewegungsplanes Export und Import im Quartal nach Wirtschaftsgebieten.
- Einsparung von Preisausgleichsmitteln durch Erzielung höchster Exportpreise und günstigster Importpreise auflaufend bis zum jeweiligen Quartal.

- 4 Einsparung von freier Valuta und Verrechnungswährung durch Verlagerung von Importen aus dem KA bzw. IDH auf Länder des sozialistischen Weltmarktes sowie Verhinderung volkswirtschaftlich nicht vertretbarer Importe.
- 5. Einsparung von Regiekosten.
- 6. Erfüllung des Ergebnisplanes.
- 7. Herstellung der Tagfertigkeit im Berichtswesen.

#### Wettbewerbeziele für die Gruppe III

- Erfüllung des Warenbewegungsplanes im Quartal nach den zur Verfügung stehenden Devisen.
- Einsparung von Preisausgleichsmitteln durch Erzielung höchster Exportpreise und günstigster Importpreise auflaufend bis zum jeweiligen Quartal.
- Einsparung von freier Valuta und Verrechnungswährung durch Verlagerung von Importen aus dem KA bzw. IDH auf Länder des sozialistischen Weltmarktes sowie Verhinderung volkswirtschaftlich nicht vertretbarer Importe.
- 4. Einsparung von Regiekosten.
- 5. Erfüllung des Ergebnisplanes.
- 6. Herstellung der Tagfertigkeit im Berichtswesen

#### Wettbewerbeziele für die Gruppe IV

- Erfüllung des operativen Transportplanes im Quartal.
- Erfüllung der Leistungsauflage (Speditionseinnahmen).
- 3. Einsparung von Regiekosten
- 4. Erfüllung des Betriebsergebnisses.

Zwischen dem Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel und dem Sekretariat des Zentralvorstandes der Gewerkschaft Handel können entsprechend neuer ökonomischer Schwerpunkte die Wettbewerbsziele quartalsweise verändert werden.

Bei der Auswertung im Massenwettbewerb wird besonders berücksichtigt:

 a) der höchste Anteil der Mitarbeiter an den innerbetrieblichen Wettbewerbsformen von

Verkaufsgruppe zu Verkaufsgruppe bzw. Mann zu Mann (auch Einkaufsgruppe),

Brigade zu Brigade,

Kontor zu Kontor,

auf der Grundlage einer konkreten Verpflichtung mit persönlicher Aufforderung. Dazu sind die wichtigsten Planteile bis auf die kleinste operative Einheit aufzuschlüsseln.

Beim Wettbewerb von Kontor zu Kontor ist Voraussetzung, daß innerhalb des Kontors die Mitarbeiter, Gruppen oder Brigaden sich gegenseitig zum Wettbewerb aufgefordert haben;

- b) die regelmäßige Durchführung von Handelsberutungen in den Kontoren und die Verwirklichung der in den Handelsberatungen geforderten Beschlüsse:
- c) die Erfüllung der Verpflichtungen im BKV, insbesondere der Plan des technisch-organisatorischen Fortschritts;
- d) die Organisation des Vorschlags- und Erfindungswesens und die h\u00f6chste Anzahl von realisiert-aren Verbesserungsvorschl\u00e4gen

 $^{29}$ 

#### III.

#### Wetthewerbeseitraum und -auswertung

Der Wettbewerb erstreckt sich über das Jahr 1957. Nach jedem Quartal erfolgen Auswertung und Auszeichnung entsprechend den in der "Verordnung über die Auszeichnungen in der Aktivisten und Wettbewerbsbewegung in der Deutschen Demokratischen Republik" vom . . . . . festgelegten Bestimmungen.

publik" vom ..... festgelegten Bestummungen. Bei der Auswertung können nur die Außenhandelsunternehmen berücksichtigt werden, die nachweisen, daß der Jahresplan anteilig bis zum Tage der Auswertung erfüllt ist und die ihre Vorschläge über die Auswertung im Wettbewerb termingemäß einreichen. Für die Auswertung aller Teilpiläne im Wettbewerb bildet der durch das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel bestätigte Betriebsplan die Grundlage. Die Auswertung wird nach den Ergebnissen des Hollerithberichtes unter Hinzuziehung des Finanzberichtes vorgenommen.

## Ausseichnungen

- Das beste Außenhandelsunternehmen aller Wettbewerbsgruppen wird nach Abschluß eines jeden Quartals mit der Wanderfahne des Ministerrates, einer Ehrenurkunde "Republiksieger im Wettbewerb" und einer Geldprämie ausgezeichnet.
- Das beste Außenhandelsunternehmen jeder Wettbewerbsgruppe wird nach Abschluß eines jeden Quartals mit der Wanderfahne des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, einer Ehrenurkunde "Gruppensteger im Wettbewerb" und einer Geldprämie ausgezeichnet.

In der Wettbewerbsgruppe, aus der der Republiksieger hervorgeht, wird der nächstfolgende Betrieb bei Erfüllung der Bedingungen als Gruppensieger ausgezeichnet.

 In den Gruppen können bei Erfüllung der Bedingungen weitere Außenhandelsunternehmen mit einer Geldprämie für besondere Leistungen ausgeseichnet werden. Nach der Auszeichnung der Wettbewerbssieger ist mit allen Außenhandelsunternehmen ein Erfahrungsaustausch durchzuführen, der sich mit den Methoden, die zur Erreichung der Ergebnisse führten, beschäftigt. Der Erfahrungsaustausch wird vom Zentralvorstand der Gewerkschaft Handel organisiert und durchgeführt. Das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel hat maßgeblich bei der Durchführung des Erfahrungsaustausches mitzuwirken.

- Die Prämie, die mit der Auszeichnung verbunden ist, ist wie folgt aufzuteilen:
  - 70 Prozent für Einzel- und Kollektivprämien,
     30 Prozent für kulturelle und soziale Einrichtungen.

In der Regel sollte der größere Anteil der Summe, die für Einzel- und Kollektivprämien zur Verfügung steht, für die operativen Abteilungen verwendet werden.

Alle Prämien sind innerhalb von 30 Tagen, vom Tag der Auszeichnung gerechnet, auszuzahlen.

Berlin, den 21. Dezember 1956

Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel gez. i. V. Hüttenrauch Minister

> Gewerkschaft Handel Zentralvorstand gez. Götzelt Vorsitzender